

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
44. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.1/2010 1,- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

Aus dem Inhalt:

5 Jahre Hartz IV - eine Bilanz.....	2-5
Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger ?.....	6
Gemeinsamer Kampf von Roter Andifa, KPD und der KPD/ML zur Krise.....	7-9
Demo-Bericht aus Essen.....	10
Polizei-Provokation gegen die KPD in Essen.....	11
Zur Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft am Beispiel Opel: "Wer traut sich schon an Bochum ran?".....	12-13
Polizei setzt rechte Kundgebung und Demonstration in Duisburg gewaltsam durch.....	14
Demo-Bericht aus Duisburg.....	15
Bundestagsmehrheit garantiert das Existenzrecht der NPD.....	16-20
Antikommunistische Hetze im Geschichtsunterricht.....	21
8. Mai 1945 - Tag der Befreiung.....	22-24
90 Jahre Ruhrkampf	25
Über einige sozialistische Romane.....	26



5 Jahre Hartz IV - Eine Bilanz

Wie erfolgreich ein Gesetz ist, lässt sich weniger an seiner reibungslosen Umsetzung, als vielmehr in seiner Wirkung in die Gesellschaft messen.

Die Wirkung von Hartz IV - einem wesentlichen Bestandteil der "Agenda 2010" - lässt sich erkennen, wenn die Grunddaten über Lohneinkommen, Niedriglohn und Umverteilung zwischen Lohnabhängigen auf der einen und BezieherInnen von Kapitaleinkünften auf der anderen Seite seit seiner Einführung betrachtet werden. Diese Betrachtung ist heute, fünf Jahre nach der Einführung von Hartz IV, anhand des erhobenen statistischen Materials, möglich.

Hatte der damalige Arbeitsminister Clement noch die bessere Vermittlung von Arbeitslosen und die unsinnigen Doppelstrukturen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe als wesentliches Argument für das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) als Begründung eingeführt, so hatte sein damaliger Chef, Bundeskanzler Schröder ganz andere Visionen. Im Januar 2005 ließ er auf dem Treffen der Welteliten in Davos (Weltwirtschaftsforum) folgende Erkenntnis verbreiten:

"Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt." Dies basiert nach Schröder auf dem Zwang zur Annahme jeglicher Arbeit. Avon ihnen (den Erwerbslosen) aber auch fordert, dass jede in Deutschland zumutbare Arbeit akzeptiert wird - und bei Strafe der Leistungskürzung oder ansonsten der Reduzierung erfolgreich sein wird."

Und Schröder hatte recht: Aus dem Schaffen von Niedriglohnbedingungen - fehlender gesetzlicher Mindestlohn und Unterlaufen des europaweit festgelegten Prinzips AEqual Pay@ für die Zeitarbeit durch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und dem Zwang zur Arbeitsannahme jeglichen Lohns (Hartz IV), wurde ein gigantischer Niedriglohnsektor geschaffen. Für die meisten ArbeitnehmerInnen war ein Verlust von Reallohn die Folge.

Die Fakten:

* Von 2004 auf 2005 hat sich die Zahl der Kinder in Armut von 1,2 auf 2,4 Millionen verdoppelt.

* Ca. 1,4 Millionen Erwerbslose, die sich in AEin-Euro-Jobs@, anderen Maßnahmen oder der 58iger Regelung befinden werden in der Statistik nicht mehr als Arbeitslose aufgeführt. Dies erklärt wesentlich den Rückgang der offiziellen Arbeitslo-

senzahlen.

* 6,5 Millionen Menschen (22 Prozent aller Lohnabhängigen) arbeiten im Niedriglohnbereich. Davon 2 Millionen mit einem Stundenlohn von 5 Euro Brutto und weniger. Deutschland hat die europäische Pol-Position beim Niedriglohn erreicht. Das Realeinkommen der Niedriglöhner ist von 1995 auf 2008 um 17 Prozent gesunken.

* Die Lohnquote ist in keinem anderen europäischen Land derart gesunken wie in Deutschland. Von 2000 auf 2008 fiel der Lohnanteil am Volkseinkommen um 11 Prozent. Spitze in Europa.

* Demgegenüber stieg der Anteil aus Unternehmensgewinnen und Zinseinkünften am Volkseinkommen dramatisch an. Von 2000 auf 2008 von 28 auf nunmehr 39 Prozent.

* Die Zahlbeträge von Hartz IV, einschließlich Kosten der Unterkunft liegen, je nach Haushaltsgröße, zwischen 35 und 42 Prozent des Durchschnittseinkommens - und damit deutlich unterhalb der offiziellen Armutsgrenze von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens.

Das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) hat sein Ziel erreicht; eine gigantische Umverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen. Wenn auch in der öffentlichen Wahrnehmung die Stockfehler dieser Gesetzgebung, die massiv ansteigenden Klagen und

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Kontakt zur Partei, zu Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

* * *

Eigendruck im Selbstverlag

der Missbrauch von Maßnahmen, im Vordergrund stehen, als ein zentrales Element eines Ausbaus des Niedriglohnssektors, hat Hartz IV, im Zusammenspiel mit fehlendem Mindestlohn und Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, seine Wirkung voll entfaltet. Die herrschenden Eliten können zufrieden sein - ihre Gewinne haben dank Hartz IV - einen enormen Aufschwung erfahren.

Deutschland, das Lohn- und Steuerparadies des Kapitals

Unlängst wurde Deutschland ein Sonderweg in der Lohnpolitik bescheinigt. Dieser besteht darin, dass in enger Kooperation von Bundesregierungen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften das Lohnniveau in Deutschland im Verhältnis zu den anderen Industriestaaten in den letzten 10 Jahren erheblich abgefallen ist.



Die Reallöhne stagnieren in den letzten 10 Jahren. Zwischen 2004 und 2008 - mitten in einer Aufschwungphase - blieben selbst die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne konstant. (leichter Anstieg in der Industrie und erheblicher Abfall in Dienstleistung und Handwerk). Insbesondere der Niedriglohnsektor erfuhr in Deutschland einen rasanten Anstieg. Von 1997 auf 2007 stieg der Anteil der Niedriglöhner von 15 auf 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Davon erhalten 2 Millionen Menschen einen Bruttostundenlohn von 5 Euro und weniger. Damit liegt Deutschland vor Großbritannien (21 Prozent) Frankreich (11 Prozent) Dänemark (8,5 Prozent) und weist vor allem die größte Steigerungsrate auf.

Dies wirkt sich auch auf die Lohnstückkosten, die für die Unternehmen spannendste, weil profitträchtigste, Größe, aus. Die Lohnstückkosten stiegen in Deutschland von 1998 auf 2008 um 3,58 Prozent - im übrigen Euroraum um 19,85 Prozent. Dies war

die Grundlage für die Exportindustrie zum Exportweltmeister. Deren Ertrag wurde allein von den Kapitalbesitzern eingestrichen - Ihr Anteil am Zuwachs des Volkseinkommens liegt bei über 70 Prozent.

Die Erreichung dieses Ziels war Inhalt und Wille der diversen "Reformprojekte" der Bundesregierung von SPD und Grünen unter Kanzler Schröder und wurde nahtlos fortgesetzt von Merkel und Steinmeier. Wesentlich war die Agenda 2010 mit den vier Hartz Gesetzen, der Einführung der Ruster Rente und zwei wesentlichen Maßnahmen im Arbeitsrecht. Zu letzterem zählt das systematische Unterlaufen der EU-Richtlinie zur Zeitarbeit durch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Die EU hatte 2003 das Prinzip "Equal Pay" für die Zeitarbeit beschlossen. Danach sollen Zeitarbeiter den gleichen Lohn bekommen, den auch die Kollegen der Stammebelegschaften erhalten. Zeitarbeiter und Kernbelegschaftskollege bei Renault erhalten den gleichen Lohn.

Dies gilt mit Ausnahme Deutschlands in ganz Europa.

Grund ist die Passage in § 3 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, dass eine Ausnahme vom Prinzip des gleichen Lohns für den Fall vorsieht, das ein Tarifvertrag zur Anwendung kommt oder diese Anwendung einzelarbeitsvertraglich vereinbart wird.

Damit kommen Löhne von 6,15 Euro Brutto in der Zeitarbeit zustande. Alles unter freundlicher Mitwirkung der DGB Gewerkschaften.

Der zweite gravierende Unterschied zu Resteuropa liegt im Fehlen gesetzlicher Mindestlöhne. Während diese für 2009 in Belgien 8,41 Euro, in Frankreich 8,71 Euro, in Irland 8,65 Euro und in den Niederlande 8,47 Euro brutto pro Stunden ausmachen, arbeiten in Deutschland ca. 6 Millionen für zum Teil deutlich weniger Geld.

Mit diesen Unterlassungen bzw. Einschnitten wurde eine Niedriglohnschneise geschlagen, die mit dem Zwangsinstrument von Hartz IV gefüllt wurde. In § 10 des SGB II wird die Zumutbarkeit von Arbeit für Hartz IV EmpfängerInnen definiert. Danach ist jede Arbeit zumutbar, unabhängig vom Lohn, den Fahrtzeiten und früheren Beschäftigungen und Qualifikationen. Auch die arbeitsrechtliche Rechtsprechung zum sittenwidrigen Lohn (weniger als 2/3 des ortsüblichen Lohns) greift, bei immer weiter um sich greifenden Minilöhnen, kaum noch.

Die Zwangsinstrument zur Organisierung der Treibjagd der Hartz IV EmpfängerInnen in den Niedriglohn sind die Eingliederungsvereinbarungen, die Sanktionen und der Niedriglohngewöhnungssektor mit "Ein-Euro-Jobs", Trainingsmaßnahmen und Praktika zum Nulltarif.

Insbesondere der Sanktionsparagraf 31 hat es in sich. Selbstkündigung, fehlende Bewerbungsbemühungen, ja selbst die Ablehnung eines "Ein-Euro-Jobs" lösen eine Sanktion aus. Nach den Hartz-Gesetzen ist jede Arbeit, auch bei Löhnen von 5 Euro Brutto und weniger, zumutbar. Wer eine solche Arbeit ablehnt oder abbricht, wird mit einer Sanktion - Leistungskürzung von mindestens 30 Prozent der Regelleistung für drei Monate - belegt.

Jungen Menschen unter 25 Jahren wird die Regelleistungen für drei Monate vollständig, im Wiederholungsfall auch die Miete, gestrichen.

Insbesondere die gigantisch aufgeblähte Arbeitslosenbetreuungsindustrie mit geschätzten 50 000 Beschäftigten ist zu einer Schule der Nation für die Gewöhnung an Niedriglohn und die Erziehung zu untertänigem Verhalten, insbesondere für junge Menschen, geworden. Menschen, die zum Teil zum wiederholten Male die Mühle der Ein-Euro-Jobs durchlaufen haben, haben sich an einen rechtslosen Status, fern von sonst üblichen Rechten eines Arbeitnehmers gewöhnt. Sie wissen die Prämie, die über die laufenden Leistungen hinaus gezahlt werden, zu schätzen. War dies zu Beginn von Hartz IV noch wenig im Verhältnis zu den Möglichkeiten mit regulärer Arbeit seinen Unterhalt zu bestreiten, so kann heute festgestellt werden, dass sich im Niedriglohnsektor kaum mehr zu verdienen ist. Angesichts der Kurzzeitigkeit vieler prekärer Arbeitsverhältnisse (Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer in der Zeitarbeit beträgt drei Monate) ist ein Ein-Euro-Job mittlerweile zu einer zumindest für 6 bis 12 Monate gesicherten Einkommensquelle geworden. Zusätzlich haben sich auch die Teilnehmer daran

gewöhnt, in zahlreichen Fällen ganz reguläre Tätigkeiten am Markt auszuführen, die früher oder gleichzeitig auch von Privatunternehmen oder in staatlichen Einrichtungen ausgeführt werden.

Hartz IV ist unmittelbare Gewaltanwendung, gesellschaftliche Erniedrigung psychische Deformierung des Teils der Lohnabhängigen, die nicht in Normalarbeitsverhältnisse beschäftigt sind. Durch die auch nur zeitweisen oder aus der Familie bzw. dem Bekanntenkreis vermittelten Erfahrungen wirkt Hartz IV tief in das Alltagsbewusstsein der Lohnabhängigen. Jede Realityshow im Kommerzfernsehen belebt das Schreckgespenst - Hartz IV. Sehr treffend sagte der Multimilliardär Warren Buffet Ende 2006, zur New York Times:

"Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir werden gewinnen."



Hartz IV ist Bestandteil dieses Klassenkrieges gegen Lohnabhängige und Erwerbslose

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ändert gar nichts. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 9. Februar der Politik einen Spiegel vorgehalten, dass sich die bisherigen Berechnungen der Hartz IV Sätze bestenfalls aus Kaffeesatz und vor allem Haushaltsersparungen begründet haben.

Die aus Anlass der Überprüfung der Regelsätze von Kindern erfolgte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts hat einmal mehr deutlich gemacht: Das Bundesverfassungsgericht ist kein Interessen-

organ der Armen. Es stellt der Politik fast einen Persilschein für die Festlegung der Höhe von Sozialleistungen aus. Aus der Begründung des Bundesverfassungsgerichts: "die geltenden Regelleistungen ... können zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht als evident (offensichtlich) unzureichend angesehen werden."

Das Bundesverfassungsgericht fordert lediglich, dass sich Politik an seine eigenen Regeln hält. Diese selbstgemachten Regeln haben die letzten Bundesregierungen seit Kanzler Schröder sträflich vernachlässigt:

Haben die Regierenden doch versucht, die Höhe der Regelsätze als scheinbar wissenschaftliche Notwendigkeit darzustellen. Mit der Entscheidung ist klar: Regelsätze und das Lebensniveau der Armen stehen weitgehend im politischen Ermessen von Regierung und Parlament. Dazu das Bundesverfassungsgericht: "Die Konkretisierung (der Bedarfe) obliegt dem Gesetzgeber, dem hierbei ein Gestaltungsspielraum zukommt."

Allerdings "müssen die Festsetzung der Leistungen auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren tragfähig zu rechtsfertigen sein."

Das Bundesverfassungsgericht kritisiert in seiner Entscheidung die Berechnungsmethoden - nicht das Leben unterhalb der Armutsgrenze. Einzig die Forderung nach der Einführung von Leistungen für besondere Bedarfe in das SGB II, ist ein positiver Effekt der richterlichen Entscheidung.

Pünktlich zum Urteil stehen auch schon die Forderungen nach Absenkung der Regelleistungen parat. Der Wirtschaftsweisen Wolfgang Franz (von der Bundesregierung ernannt) fordert deren Senkung um 30 Prozent.

Anders ausgedrückt: Diese Regierung will, dass die Armen noch ärmer werden. Und da Armut und Reichtum wie siamesische Zwillinge sind - wer Steuererleichterungen für Hoteliers und Unternehmen bezahlen will, muss sich das Geld bei anderen holen, von denen man vermutet, dass sie sich nicht wehren können. So dürften denn Westerwelle und Merkel ein Stück dazu beitragen, dass sich die 6 Billionen Euro privaten Geldvermögens weiter vermehren und die Zahl der armen Kinder weiter steigt und deren Schulbrot bald ein Luxusgut wird.

Keine Illusionen verbreiten

Wer aus dem Urteil des Verfassungsgerichts ableitet, jetzt geht es mit den Regelsätzen, insbesonde-

re für Kinder aufwärts, befindet sich im Traum. Zu offensichtlich ist, dass die Regierenden schon parat stehen, die Neuberechnung der Regelleistungen gegen deren EmpfängerInnen zu richten. Bundesarbeitsministerin von der Leyen hat schon die Sachleistungsgewährung in die Debatte gebracht. Damit will sie sicherstellen, dass die Leistungen für Kinder auch bei diesen ankommen. In ihrer Argumentation nimmt sie die berechtigte Kritik an der Bemessung der Regelsätze für Kinder auf, und wendet diese gleich gegen deren Eltern. Da wird Hartz IV EmpfängerInnen pauschal unterstellt, sie gehören zu Abbildungsfernen Schichten, könnten ihren Kindern folglich nicht in der Schule behilflich sein usw. Sollte sich diese Linie durchsetzen, würden neue Stigmatisierungsmerkmale für Kinder aus Hartz IV Haushalten geschaffen. Hartz IV Gutscheine für Schulkantinenessen, Hartz IV Schulranzen etc. Da ist CDU Missfelder nicht mehr weit, der höhere Hartz IV Sätze als Sponsoring für Tabak- und Spirituosenindustrie betrachtet. Die Intention bei Missfelder und von der Leyen ist die gleiche: Arme können nicht mit Geld umgehen - daher brauchen sie auch keins. Lieber Gutscheine und Sachleistungen.

Die mittelalterliche Armenversorgung lässt grüßen.

Angesichts der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sollten die Erwerbslosen die Chance jedoch nicht verstreichen lassen, die Höhe der Regelleistungen und das ganze Hartz IV System in Frage zu stellen. Die Zeit ist dafür günstig und muss genutzt werden.

Abschaffung der Hartz Gesetze und die Einführung einer Grundsicherung oberhalb der offiziellen Armutsgrenze.

Diese Grundsicherung darf nicht an den Zwang zur Arbeit gekoppelt sein.

Die Regelsätze von Hartz IV und Grundsicherung sind auf 500 Euro anzuheben.

Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz sind abzuschaffen. Notwendig ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von aktuell mindestens 10 Euro pro Stunde, der ein Leben ohne Armut ermöglicht.

Den Hartz-IV-EmpfängerInnen sei gesagt:

Es rettet Euch kein höheres Wesen, kein Gott, und kein Bundesverfassungsgericht - für höhere Regelsätze, müsst ihr selber streiten.

Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger?

Es ist schon erstaunlich: seit Jahrhunderten kämpfen die Gewerkschaften vergebens für ein Recht auf Arbeit, und nun soll eine Arbeitspflicht eingeführt werden, allerdings kostenlos...

In der Biologie kennt man den Begriff *Grundumsatz*. Das ist die Energiemenge, die der (menschliche) Körper im Ruhezustand täglich verbraucht. Das Gehirn arbeitet, die Körpertemperatur von 37 Grad muß hergestellt werden usw. - also auch bei Ruhe verbraucht unser Körper Energie. Die muß ihm natürlich, z.B. in Form von Nahrung, wieder zugeführt werden.

Den Geldbetrag, den man den Hartz-IV-Empfängern monatlich bar zahlt, kann man als "finanziellen Grundumsatz" bezeichnen. Mit diesem Betrag können sie mehr schlecht als recht **überleben**, zum wirklichen Leben reicht es nicht. So überleben können sie aber nur, wenn sie nicht arbeiten. Wird ihr Körper durch Arbeit belastet, so verbraucht er mehr Energie, mehr Nahrung, die sich Hartz-IV-Empfänger aber nicht leisten können.

Das Bestreben, Hartz-IV-Empfängern Arbeit zu beschaffen, ist zu begrüßen - auch die meisten Hartz-IV-Empfänger würden Arbeit begrüßen. Jedoch müssen sie dann deutlich mehr Geld bekommen als jetzt.

Der Begriff "Arbeitspflicht" erinnert fatal an den "Arbeitsdienst" der Nazis. Verfechter dieser Arbeitspflicht weisen diese Gedankenverbindung für gewöhnlich empört zurück. Doch es kommt noch deutlicher: Werden Hartz-IV-Empfänger tatsächlich - wie ernsthaft vorgeschlagen - bei den jetzigen Bezügen zur Arbeit verpflichtet, so wird ihr Körper im Laufe der Zeit ausgezehrt und das führt zu erheblichen gesundheitlichen Schäden bis hin zum Tod. Die Nazis praktizierten das in den Konzentrationslagern als "Vernichtung durch Arbeit"...

Berechtigt ist die Empörung darüber, daß arbeitende Menschen oft kaum einen höheren Lohn erhalten als Hartz-IV-Empfänger "für's Nichtstun". Falsch sind jedoch die Schlußfolgerungen, die Hartz-IV-Empfänger zur Arbeit (als "Gegenleistung") zu verpflichten oder ihnen den Betrag zu kürzen.

Es gibt hier nur eine richtige Lösung: die Löhne der kaum über Hartz IV liegenden Beschäftigten zu erhöhen. **Also weg mit den Dumping-Löhnen, gute Arbeit hat ihren Preis.** Doch das würde den Profit der Unternehmer schmälern...

Glosse:

Hände weg von Guido!

Über den armen Guido Westerwelle wird von allen Seiten hergefallen. Was hat der Guido denn getan, daß man so böse ist?

Er hat es offen ausgesprochen: "Wer arbeitet, muß mehr haben als diejenigen, die nicht arbeiten."

Und die Folge? Ganze Kübel von Unflat werden über ihn ausgegossen. Dabei hat er doch nichts anderes ausgesprochen als das, wofür die KPD/ML schon seit ihrer Gründung kämpft - ach, was sage ich: schon vor über 160 Jahren haben Karl Marx und Friedrich Engels und nach ihnen alle Kommunisten diese Forderung erhoben. Jawohl, die arbeitenden Menschen müssen mehr haben als die, die nicht arbeiten. Die Kapitalisten rühren keinen schickedanzes Finger für die Arbeit, besitzen aber zigtausende, millionen oder gar milliarden Euro, von Sachwerten ganz abgesehen. Es wird endlich Zeit, daß das geändert wird! Danke, Guido, für Deine mutige Forderung!

KOLLEGIN ! KOLLEGE !

**UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE
KPD/ML !**

**UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN AUF-
BAU DEINER ZEITUNG**

ROTER STERN

**SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM
KAPITALISMUS,**

**ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM ARBEITS-
PLATZ,**

**ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT,**

**MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !**

* * * * *

KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !

ROTER STERN

**IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERN**

**EINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !**

Gemeinsame Kampagne der Roten Antifa, der KPD und der KPD/ML zur Krise Das Kapital soll die Krise bezahlen!

Die Krise des Kapitalismus ist nicht vorbei - und wir zahlen bisher die Zeche. Mit unserem Geld, mit unserer Lebenszeit, mit unserer Perspektive. Vor unseren Augen werden hunderttausende Leiharbeiter entlassen, vielerorts hat man schon alle vor die Tür gesetzt. "Wer den Profit nicht steigert, muss gehen" – dieser schon immer gültigen Regel des Kapitals sollen wir uns bedingungslos unterwerfen.

Große Teile der Stammebelegschaften müssen schmerzhaft Lohnsenkungen wegen Kurzarbeit hinnehmen.

Die auch hier bevorstehenden Massenentlassungen haben schon begonnen. Und nach der Schule heißt es auch für die Jugend zunehmend: "Ab in Hartz 4", weil die Laune des kriselnden Kapitals gerade nicht nach Ausbildungsplätzen steht. Die Bundestagswahl hat die Wunschregierung des Kapitals an die Staatsmacht gebracht. Was allerdings auffällt nach den acht Jahren Geschenken der SPD-Regierungen für das deutsche Finanzkapital: Der Regierungswechsel ist kaum spürbar. Ob nun gerade Großbanken von der SPD, Großkonzerne von der CDU oder mittlere Kapitalisten und Hotel-Milliardäre von der FDP beschenkt werden, so ist doch im vergangenen Jahr zumindest eins klar geworden: Alle sind sie Parteien des deutschen Kapitals. Sie denken nun lediglich darüber nach, wie sie uns am besten weiter auspressen können: Mit einer Erhöhung der Steuern auf Lebensmittel, mit einem Angriff auf die Krankenversicherung durch die Einführung der Kopfpauschale oder mit einer "großen Steuerreform" zu Gunsten des Kapitals?

Aus uns ziehen die Kapitalisten ihre Profite. Je billiger und je härter wir arbeiten, desto mehr verdienen sie. Das wird in der Krise natürlich besonders wichtig. Die Fabriken stellen die Bänder schneller und bürden jedem Arbeiter immer mehr Arbeit auf. Viele machen eine 40-Stunden-Woche in 32. An Pausen und Klogängen wird "gespart", die Rationalisierungs-Hetze wird erhöht. Konsequenz hat der Staat alles getan, um die kapitalistische Arbeitsdisziplin seinerseits zu verschärfen: Auf das Hartz 4-Urteil reagiert schwarz-gelb nach der Devise "Angriff ist die beste Verteidigung" und die heftigen Schikanen sollen für den Bezug des Hungergeldes noch gesteigert werden. Arbei-

ter, die Streiks organisieren, kann man unter jedem noch so albernem Vorwand vor die Tür setzen, haben die Gerichte dieses Staates mehrfach entschieden. Ein falsch abgerechneter Pfandbon an der Kasse reicht. Ab jetzt registriert außerdem unser Kapitalistenstaat jede Arbeitskampfhandlung aller Lohnabhängigen in einem zentralen Register - ELENA.

Für seinen Maximalprofit ist das deutsche Kapital auch auf der ganzen Welt imperialistisch aktiv. Der Mord an mehr als Hundert Afghanen in Kundus auf deutschen Befehl ist eines von vielen Kriegsverbrechen der Bundeswehr, von denen die meisten erfolgreich verheimlicht und vertuscht werden. Sollen Tausende Menschen sterben und ganze Völker im Namen der Menschenrechte in den Krieg gehetzt werden - Hauptsache der faulende Kapitalismus, der deutsche Imperialismus sichert sich seinen Maximalprofit durch Absatzmärkte, Einflusszonen, Rohstoffquellen und -wege auf der ganzen Welt. Wenn uns die Kapitalisten und ihre Geschäftsführer in der Regierung nun mit Einsätzen derselben Bundeswehr im Inneren drohen; wenn sie dafür bereits Tatsachen schaffen und die Einsätze unter dem Deckmantel der "Amtshilfe" in den letzten zehn Jahren vervierfachen(!); wenn sie das Militär im Staat stärken und dazu die Soldaten in zivilen Behörden einschleusen; wenn sie unsere Wohnungen und Handys abhören und das legalisieren; wenn sie unsere E-Mail-Daten speichern, Nummernschilder auslesen, ELENA einführen und überall Kameras installieren - wenn die Kapitalisten und ihre Handlanger das tun, dann faschisieren sie den Staats-



**Solidarität
ist unsere
stärkste Waffe!**

**Rote
Hilfe**

zentrales spendenkonto: kontakt: www.rote-hilfe.de

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

apparat, unterwerfen ihn gerade den Zwecken der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals, weil sie Angst vor unserer Macht und unserem noch viel zu schlecht organisierten Widerstand haben, der sich in den aktuellen Klassenkämpfen stärken muss und stärken wird!

Im letzten Jahr haben wir gekämpft: In Frankfurt und Berlin waren wir im letzten Jahr 55.000 gegen die Krisenlasten. Die Erzieherinnen und Gebäudereiniger haben im Streik bewiesen, dass sie kämpfen können und hunderttausende Jugendliche im Bildungsstreik durch Demonstrationen, Blockaden und Besetzungen. In Stuttgart und Bonn haben Bildungsstreik und Erzieherinnenstreik gemeinsame Demonstrationen organisiert. In Sindelfingen



haben die Daimler- Kollegen den Angriffen auf ihre Arbeitsplätze und ihre Gesundheit klare Kante gezeigt: Spontane Streiks und große Proteste gemeinsam mit Kollegen von anderen Betrieben haben sie in eine starke Verhandlungsposition gebracht. Die IG-Metall hat daraufhin eine sehr "vertrauensvolle" Regelung mit den Kapitalisten gefunden, die zwar offiziell eine zehnjährige Jobsicherung sein will, aber alle Hintertüren für das Kapital offen lässt und die Kollegen zu mehr Hetze verpflichtet.

Hier wie vielerorts haben die zuständigen Führungen der Gewerkschaften unseren Klassenkampf

desorganisiert, statt ihn zu organisieren. Die DGB-Demonstration der 100.000 am 16. Mai in Berlin stand mit ihrem Ruf nach einem "Sozialpakt" ganz unter dem Stern der Klassenpartnerschaft und wurde von ihren Organisatoren missbraucht, um einmal die aufgestaute Wut der Kolleginnen und Kollegen abzulassen. Sie war die einzige DGB-Massenmobilisierung seit Beginn der Krise. Auch die Metall-Tarifrunde ist ein offener Verrat der korrupten IGM-Spitzen an ihren mehr als zwei Millionen Mitgliedern: Hier wurde die Niederlage der Metaller erklärt, bevor ihr Kampf begonnen hatte. Gerade bereiten die ver.di-Spitzen ihre mehr als zwei Millionen Mitglieder auf eine ähnliche Nullrunde vor: "Wir sind zu schlecht aufgestellt" heißt es von oben!

Wenn wir den Kampf gegen die Kapitalisten aufnehmen wollen, statt ihn abzuwiegeln und wenn wir uns für diesen Kampf von unten organisieren wollen, statt ständig von oben verarscht zu werden, dann müssen wir das Kämpfen innerhalb der Betriebe und innerhalb der Gewerkschaften beginnen und verstärken:

Gegen die Gewerkschaftsbonzen!

Sie sind Handlanger der Kapitalisten! Holen wir uns unsere Gewerkschaften zurück!

Kämpfen wir in und mit den Gewerkschaften, in den Betrieben und auf der Straße für folgende Forderungen:

- *Steuern auf Kapital, Vermögen und hohe Einkommen drastisch erhöhen:*

Körperschafts- und Einkommensspitzensatz von 56%! Hohe Steuern auf Börsenumsätze!

- *Löhne hoch statt ständiger Lohnsenkungen!*

- *Lohnsteuer und Mehrwertsteuer runter! Geringverdiener steuerfrei!*

- *Gesetzliche 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, um das Erreichte zu sichern und voll durchzusetzen!*

- *Weitere Arbeitszeitverkürzung! Die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist unser Ziel!*

- *Strikte gesetzliche Beschränkung der Mehrarbeit!*

- *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit überall! Gleicher Lohn in Ost und West für Männer und Frauen!*

- *Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro/Stunde!*

- *Menschenwürdiges Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!*

- *Rücknahme der Hartz-Gesetze! Gegen die geplante Verschärfung!*

- *Keine Entlassungen in der Krise!*

Hände weg vom Kündigungsschutz!

- *Bei Kurzarbeit voller Lohnausgleich durch das*

Kapital, statt Kurzarbeitergeld aus Steuern, sowie Anspruch auf Fortbildung und Qualifizierung!

- Verbot der Leiharbeit! Aufhebung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)! Festeinstellung statt Leiharbeit!

- 500 Milliarden nicht für die Banken, sondern mehr Geld für Rentner, Bildung, Gesundheitswesen und Soziales! Eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenkasse für alle!

- Verteidigung und Ausbau aller Sozialleistungen!

- Rückführung des Rentenalters von 67 auf höchstens 65! Ziel: Rente mit 60!

- Rentenerhöhung mindestens in Höhe der Inflation!

- Uneingeschränktes politisches Streikrecht!

- Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen!

- Recht auf Ausbildung und Übernahme in allen Betrieben!

- Sanierung maroder Schulgebäude!

Kostenlose Bildung und eine Schule für alle!

Gleichzeitig müssen wir uns klarmachen, dass diese Krise kein zufälliger Betriebsunfall des Kapitalismus ist. Als Überproduktionskrise ist sie im Kapitalismus unvermeidlich. Solange einer Handvoll Kapitalisten die Fabriken, Büros, Kraftwerke, LKWs usw. - sprich: Produktionsmittel - gehören, werden sie nur nach einer Maxime handeln: Ihrem Maximalprofit.

Das führt zur Verarmung der lohnabhängigen Massen, die von ihrem beschränkten Budget dann weniger Häuser, Autos, Kleidung usw. - sprich: Massenverbrauchsgüter - nachfragen können, als angeboten werden. Die ungeheuren Produktionsmöglichkeiten der modernen

Industrie stehen zu dieser vom Kapitalismus begrenzten Massenkaufkraft im schroffen Widerspruch. Die kapitalistische Wirtschaft wächst aber anarchisch und planlos und führt uns so alle paar Jahre in eine solche Überproduktionskrise.

Diese Krisen können auch nicht vom "richtigen" Eingreifen des Staates verarztet werden. Im Kapitalismus gibt es keine Planung. Ganz im Gegenteil: Wenn der deutsche Staat seine Kapitalisten heute nach Plan mit "Kurzarbeitergeld" subventioniert und ihnen die So-

zialabgaben spendiert, wonach nun schändlicherweise auch die IGM-Bonzen krähen, wird er sich das verschenkte Geld morgen von uns zurückholen und so der Erholung von der Überproduktion den Boden unter den Füßen entziehen. So z.B. geschieht es beim Chemiekonzern Evonik, der seine Mitarbeiter auspresst, Staatshilfe kassiert und hunderte Millionen an seine Aktionäre durchreicht. Die Widersprüche des Kapitalismus werden aber in seinen Krisen verschärft und für die Mehrheit greifbar.

Als Kommunisten kämpfen wir deshalb nicht nur für Tagesforderungen, sondern gerade heute für die Revolution. Dazu müssen wir eine offensive Propaganda für den Sozialismus führen: Im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der Schule, in der Universität, im Wohnviertel und auf der Straße! Nur durch die Zerschlagung des Kapitalistenstaates, die Errichtung eines Arbeiterstaates und den Aufbau des Sozialismus können wir uns eine Gesellschaft ohne Krisen erkämpfen, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg!

Lasst uns für die Tagesforderungen kämpfen und diese klare Orientierung auf den Sozialismus in die aktuellen Kämpfe hineinragen!

Auf zu den Protesten rund um die Landtagswahl!

Für einen klassenkämpferischen 1. Mai!

www.daskapitalsollzahlen.de



Demonstrationen in Stuttgart und Essen:

Wir haben keine Schuld an Eurer Krise! Weg mit Hartz IV! - Stoppt den Sozialraub!



Der Protest am 20. März begann in Essen mit einer Kundgebung auf dem Platz vor dem Hauptbahnhof. Zahlreiche Organisationen, auch Gewerkschaften wie die IG BAU, hatten Informationsstände aufgebaut. In mehreren Redebeiträgen und mit künstlerischen Darbietungen wurde dagegen protestiert, daß die Kosten der kapitalistischen Überproduktionskrise auf die Werk­tätigen abge­wälzt werden.

Danach machten sich die Menschen auf den Weg mit einer Demonstration durch die Innenstadt, unterbrochen von Zwischenkundgebungen. Bei der Auftaktkundgebung schienen es gar nicht so viele Menschen zu sein, doch der Demonstration­zug war dann doch auch durch seine große Teil­nehmerzahl beeindruckend: mehr als 6000 Men­schen waren gekommen, die meisten von ihnen aus NRW. Doch auch aus anderen Bundesländern waren Demonstranten angereist. Erfreulich war, daß unter den Protestierenden viele Jugendliche waren - das macht Mut.

Doch zeigte die Demonstration auch eine gewisse Ratlosigkeit auf. Immer wieder war sie zu hören, auf zahlreichen Transparenten war sie zu lesen, die hilflose und ja nicht den Tatsachen ent­sprechende Behauptung "Wir zahlen nicht für Eure

Krise!"

Wir meinen, daß diese Parole letztlich entmutigend wirkt, denn natürlich zahlen wir alle - Arbei­tende und Arbeitslose, Rentner, Kranke, Auszubildende und und und - längst für die von uns nicht verschuldete Krise, und zwar nicht nur für deren Auswirkun­gen in Deutschland, sondern auch für die Mißwirtschaft der Kapitalisten in Griechenland, Spanien und und und...

Wir meinen, diese Parole bringt letztlich nur etwas für uns, wenn wir sie konkretisieren, wenn wir sie mit Inhalt füllen. Dafür, wie das umgesetzt werden könnte,

sind die Opelaner aus Bochum ein gutes Beispiel (siehe Artikel S. 12-13). Sie könnten mit gewis­sem Recht die durch die Parole aufgestellte Be­hauptung äußern, denn durch die erfolgreiche Weigerung, auf ihr Urlaubsgeld zu verzichten, haben sie die Aussage in die Tat umgesetzt. Al­lerdings - in anderer Hinsicht zahlen auch sie bis­her für die Krise, nämlich in Form von Kurzarbeit usw.

Dennoch sollten wir aus diesem Beispiel lernen: es darf nicht beim Aufstellen politischer Forderun­gen, bei der Formulierung politischer Parolen blei­ben, sollten wir sollten überlegen und aufzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, sie zumindest teil­weise umzusetzen.

Nachtrag: am Ende der Abschlußkundgebung kam es zu einer provokativen Einkesselung des Info-Stands der KPD und aller sich zu diesem Zeitpunkt zufällig am Stand befindlichen Men­schen (siehe S. 11). Inzwischen hat die KPD das dabei beschlagnahmte Material zurückerhalten. Auf dem ihr dabei ausgehändigten Formblatt "Durchsuchungs-/Sicherstellungsprotokoll" wird als Begründung für die Polizeiaktion angegeben: "Gefahr im Verzug" - da schwillt uns doch glatt der Kamm vor Stolz!!!

Wir verurteilen die polizeiliche Repression gegen die KPD!

Am 20.03. wurde bei der NRW-weiten Demo "Wir zahlen nicht für Eure Krise" in Essen ein angemeldeter und bestätigter Infostand unserer Partei von einem Polizeispalier umzingelt, Materialien wurden beschlagnahmt und die Personalien von Personen aufgenommen, die sich am Stand befanden. Die Begründung der Polizei: Die KPD sei eine verbotene Organisation und das Verteilen von Materialien der KPD sei eine strafbare Handlung.

Nach über 50 Jahren hat die Essener Polizei damit die alte Knute des KPD-Verbots von 1956 wieder herausgeholt, um den Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung in Deutschland zu kriminalisieren.

Denn für diese Politik steht die KPD.

Derartige Maßnahmen sind Zeichen für die wachsende Repression und Faschisierung des bürgerlichen Staates angesichts der schwersten Wirtschaftskrise seit 1929. Sie richten sich nicht allein gegen KommunistInnen, sondern gegen alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland. Sie zeigen den wahren Charakter der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung", die nur ein anderes Wort für die kapitalistische Herrschafts- und Ausbeuterordnung ist. Das hat die Essener Polizei ganz besonders noch dadurch unterstrichen, dass sie kurz vor dem Angriff auf unseren Stand einen Nazi-Funktionär der NPD eskortierte, der sich als Provokateur unter die Demonstranten gemischt hatte.

Wir betonen: Wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir führen unseren Kampf weiter und rufen alle fortschrittlichen und demo-

kratischen Menschen auf, sich mit uns gegen Kriminalisierung und polizeiliche Repression zu solidarisieren!

Sekretariat des ZK der KPD

Die KPD/ML solidarisiert sich mit der KPD und verurteilt das Vorgehen der Polizei gegen den KPD-Stand in Essen auf das Schärfste. Empörend ist auch, daß die Polizei zwar Passanten bis an den Stand herangehen ließ, sogar durch die Polizeikette hindurch, sie dann aber am Verlassen der inzwischen vollzogenen Einkesselung hinderte. Mehr als eine Stunde lang wurden so eine ganze

Reihe von Menschen festgehalten, ihrer Freiheit beraubt. Der interessierte Blick auf den Stand allein reichte aus, um ihre Personalien dem Staatsschutz (wie wird der eigentlich abgekürzt? - Nein, wir schreiben es nicht...) zu übermitteln mit dem Vorwurf des Wiederaufbaus einer verbotenen Organisation. Erfreulich ist die große Solidarität, die den eingeschlossenen von den noch verbliebenen zahlreichen Demonstranten entgegengebracht wurde - auch für zahlreiche andere Organisationen wie MLPD und Linkspartei war das selbstverständlich.

Das auf dem "Recht des Stärkeren" beruhende Vorgehen der Polizei hatte außerdem die sicherlich nicht beabsichtigte, aber von uns mit Genugtuung beobachtete Auswirkung, daß unter den nun ihrerseits die Polizei einkesselnden Solidaritätsdemonstranten das Interesse an den Publikationen der KPD demonstrativ hoch war - auch finanzielle

Spenden wurden mehrfach angeboten.



Ein Beitrag zur Diskussion um die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft “Wer traut sich schon an Bochum ran?”

Diese Frage stellen mit gewissem Stolz und nicht zu Unrecht viele Beschäftigte des Opelwerks in Bochum. So mancher “linke Voyeur” stellt heute immer wieder vorwurfsvoll nicht nur an die Bochumer Kollegen Fragen wie: “Warum streikt Ihr nicht endlich?” oder fordert sie auf: “Übernehmt doch einfach den Betrieb!”

Ihm entgeht dabei offensichtlich, daß es die Belegschaften der anderen drei Opel-Werke in Deutschland nur den Bochumern zu verdanken haben, daß sie im vergangenen Jahr in Bezug auf das ihnen zustehende Urlaubsgeld, das Weihnachtsgeld und die ausgehandelten 4,2 Prozent Lohnerhöhung nicht zur Ader gelassen worden sind.

Ein Ergebnis ihres Streiks 2004 war, daß die Gewerkschaftsmitglieder bei Tarifangelegenheiten gefragt werden müssen - wir kennen keinen anderen Betrieb, bei dem das der Fall ist. In den drei anderen deutschen Opel-Standorten Eisenach, Kaiserslautern und Rüsselsheim haben die Betriebsratsvorsitzenden - von vielen ironisch bzw. verächtlich als “Co-Manager” bezeichnet - den Forderungen des Opel-Managements zum Verzicht auf Urlaubsgeld usw. zugestimmt; in Bochum mußten zumindest die Gewerkschaftsmitglieder gefragt werden und sie machten dem Management einen Strich durch die Rechnung. **Wir sind der Meinung, eine solche Befragung der Gewerkschaftsmitglieder (noch besser der gesamten Belegschaft) sollte es in jedem Betrieb geben.**

Bei Opel Bochum sind etwa 80 Prozent der Belegschaft gewerkschaftlich organisiert. Unter den Nichtorganisierten gibt es Begründungen für die Nichtmitgliedschaft, die wir nicht akzeptieren. “Die Gewerkschaft führt die Tarifverhandlungen über Löhne, Arbeitsbedingungen usw. für mich auch, wenn ich kein Mitglied bin, da spare ich doch den Beitrag.” Das ist in unseren Augen Trittbrettfahrer-Mentalität. Andere sind ausgetreten, weil sie zu Recht vor allem mit der Gewerkschaftsführung unzufrieden sind. Aber auch unter den Mitgliedern gibt es Auffassungen, die unserer Meinung nach falsch sind. “Ich zahle meinen Beitrag, ich habe die Leute gewählt - nun sollen die mal machen und ich habe meine Ruhe.” Das entspricht natürlich dem Verhalten vieler Bundesbürger bei dem, was uns hier als “Demokratie” verkauft wird.

Viele fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen

bei Opel Bochum stehen der Gewerkschaft kritisch oder sogar feindlich gegenüber. Doch sie sagen: “Wir können nicht dazu auffordern, aus der Gewerkschaft auszutreten, wenn wir keine Alternative anzubieten haben.” Wir halten das für richtig. Und so handeln sie dann auch. Sie fordern zur **aktiven** Mitgliedschaft auf und gehen mit gutem Beispiel voran. Aus einem Wahlprogramm zur Betriebsratswahl: “Wenn wir für Euch die Kastanien aus dem Feuer holen sollen, **dann wählt uns nicht!**”

Wir kennen das Argument: “Die Gewerkschaft ist eine gelbe Gewerkschaft, die nicht die Interessen der Arbeiter gegen die Unternehmer verteidigen soll, sondern den Betriebsfrieden im Interesse der Unternehmer gegen die Belegschaft durchsetzen soll - Friedenspflicht usw.” Das ist richtig, doch ist die Schlußfolgerung daraus falsch, nicht in den Gewerkschaften zu arbeiten. Wir sind der Meinung: Selbst dann, wenn es eine starke oppositionelle Gewerkschaft gäbe, müßten Kommunisten und Sozialisten in “gelben” Gewerkschaften arbeiten, einfach weil dort Arbeiter organisiert sind, die wir dem Einfluß der Unternehmer nicht einfach so überlassen dürfen.

Bei Opel Bochum gibt es mehrere in der Gewerkschaft organisierte, in ihr aber oppositionell arbeitende Gruppen, die - **vor allem, wenn sie sich einig sind!** - mit der richtigen Forderung “Kein Verzicht!” den örtlichen Co-Managern einen Kurs aufzwingen können, der deren Absicht widerspricht. Ein Beispiel: Betriebsratsführung und lokale IG-Metallführung empfahlen der Belegschaft, dem in den drei anderen deutschen Opel-Standorten schon abgesehenen Verzicht auf die erste Rate der Lohnerhöhung usw. zuzustimmen, und erzielten im vergangenen Frühjahr bei der Abstimmung einen knappen Erfolg; als es dann ans Urlaubsgeld gehen sollte, organisierten die oppositionellen Gruppen gemeinsam (!) eine Unterschriftensammlung gegen den Verzicht in der gesamten Belegschaft (nicht nur bei den Gewerkschaftsmitgliedern) und hatten in wenigen Tagen rund 3000 Unterschriften zusammen. Die Folge: die Betriebsratsführung, die ja bei den nächsten Wahlen wiedergewählt werden möchte, mußte einen anderen Kurs einschlagen. Sie klagte - jetzt finanziell auch unterstützt von der örtlichen IG-Metall - vor dem Arbeitsgericht und hatte letztlich Erfolg mit

der Klage. Nicht nur die Bochumer Opelaner, sondern auch die der drei anderen Standorte kamen so doch noch zu dem ihnen rechtmäßig zustehenden Urlaubsgeld. Weiter: Auf Grund der Stimmung in der Belegschaft weigerte die Bochumer Betriebsrats- und Gewerkschaftsführung sich auch, den Vertrag für das Zustandekommen des ominösen 10%-Aktientopfes zu unterschreiben, in den jeder Opel-Beschäftigten bis 2014 zur "Rettung" von Opel zehntausende Euro hätte einzahlen sollen. Die Folge hier: der von den drei anderen Betriebsratsvorsitzenden ("Co-Managern") schon unterzeichnete Vertrag wurde nicht rechtskräftig. Vor allem der Ober-Franz spuckte Gift und Galle, beschimpfte die Bochumer Opelaner als unsolidarisch und machte sogar Äußerungen wie "Dann sollen die doch sehen, wie sie alleine klar kommen." Doch die Politik der gewerkschaftskritischen bzw. -oppositionellen Gruppen bewirkte, daß die notwendigen Unterschriften aus Bochum bis zum GM-Hintertritt für Magna ausblieben, der Vertrag also nicht rechtskräftig wurde und das Geld der Belegschaft zumindest vorerst gerettet ist.

Unsere Partei hält diese Art der Arbeit in einer gelben Gewerkschaft für richtig und unterstützt sie nach besten Kräften. In zahlreichen Betrieben, bei zahlreichen Lohnverhandlungen wird den Arbeitern vorgegaukelt, ein Verzicht auf Lohn u.a. rette "ihren" Betrieb bzw. die Arbeitsplätze. In Bochum haben Tausende Opelaner seit 1993 immer wieder verzichtet, auf Lohnerhöhungen usw., um den Betrieb zu retten. In Wirklichkeit haben sie aber nicht auf Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung usw, verzichtet, sondern auf Arbeitsplätze. Derzeit sind es nur noch rund 4.300, demnächst sollen noch einmal 1800 weitere von den Bochumer Opelanern wegfinanziert werden...

Wir denken, daß auch in anderen Betrieben, in anderen Gewerkschaften eine erfolgreiche oppositionelle Arbeit dieser Art möglich ist. "Wir zahlen nicht für Eure Krise!" ist eine verständliche und berechtigte Forderung, doch leider entspricht sie nicht der Realität. Nicht nur alle Werkstätigen zahlen bereits für die Krise des kapitalistischen Systems. Einen nicht nur als wirkungslose Propagandalosung formulierten Inhalt erhält diese Forderung nur dann, wenn sie so praktisch umgesetzt wird wie bei Opel Bochum - "Verzicht is' für'n Arsch!" bleibt dann nicht nur eine Forderung. Allerdings: auch die Bochumer Opelaner zahlen für die Krise, z.B. in Form der Kurzarbeit.

Wie wird es bei Opel weitergehen? Der Standort

Antwerpen soll geschlossen werden. Für die oppositionellen Gewerkschafter in Bochum ist es keine Frage, daß sie ihre belgischen Kollegen unterstützen. Sie erwarten nicht viel von der Gewerkschaftsführung, auch nicht vom EU-Gesamtbetriebsrat. Die werden sich allenfalls gezwungen sehen, einen europaweiten Protest-Aktionstag zu organisieren, aber mehr nicht. Da können die Kollegen dann Dampf ablassen und GM tut ein Tag Produktionsausfall nicht weh, da gibt es ja jetzt schon jede Menge Kurzarbeitstage.

Außerdem vermuten sie, daß das Aus von "Antwerpen" als "Tod auf Raten" durchgeführt werden wird. Dann würde zunächst einmal als "Entgegenkommen" von GM nur ein Teil der Belegschaft entlassen, vielleicht 800 der 2600 Beschäftigten; der Rest dürfe dann noch ein bis zwei Jahre weiterarbeiten, bis auch er dran ist. Diesen verzögerten Tod des Standorts Antwerpen würden die Gewerkschaftsführer dann als "Erfolg ihres Kampfes" hinstellen, für den die übrigen Belegschaften natürlich einen Solidaritätsbeitrag leisten müßten in Form von Verzicht auf... Also Solidaritäts-Mobbing! Die Bochumer Kollegen meinen: **"saniert" wird da, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist.** Wer traut sich schon an Bochum ran? Die jetzt bekanntgewordenen Pläne von GM scheinen ihnen Recht zu geben: Zahlreiche Entlassungen mit Abfindungen am Ende des Juni, endgültige Schließung am Jahresende.

Dafür, daß eine Schließung des Standortes Antwerpen schon seit langem geplant ist, spricht einiges. So kommen Unterböden und Türen von in Bochum fabrizierten Autos zur Zeit noch aus Antwerpen, doch bei Kirchhoff in Attendorn (Sauerland) wird eine entsprechende Fabrikationsstraße seit längerem gebaut. Auch bisher in Antwerpen ebaute Motorhauben kommen mittlerweile von Thyssen/Krupp in Heilbronn...

Fassen wir zusammen: die Belegschaft jedes Betriebes sollte sich wie die von Opel/Bochum das Recht erkämpfen, bei Tarifabschlüssen u.ä. gefragt zu werden. Wir sollten dafür werben, daß möglichst alle Kolleginnen und Kollegen **aktive** Gewerkschaftsmitglieder sind. Wir denken, in jedem Betrieb ist es oppositionellen Gewerkschaftlern möglich, mit Hilfe der Kollegen die gelbe Führung zu einem Handeln in ihrem Sinne zu bewegen. Dazu müßte man sich "nur" Wege und Mittel überlegen, wie sie die oppositionellen Kräfte bei Opel Bochum zum Vorteil aller bei Opel in Deutschland Beschäftigten überlegt haben. Dazu muß man nicht unbedingt Betriebsrat sein...

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1444>

Pressemitteilung: Duisburg, Samstag, 3. April 2010:

Polizei setzt Kundgebungen und Demonstrationen von Neofaschisten und Rechtspopulisten gewaltsam durch

Vom 26. bis zum 28. März kam es im gesamten Ruhrgebiet zu rassistischen Aktionen der beiden rechten Parteien Pro NRW und NPD, an denen sich insgesamt ca. 300 Leute beteiligten. Unter den Mottos "Abendland in Christenhand" (Pro NRW) und "Keine islamische Machtsymbolik in unseren Städten und Gemeinden" (NPD) hetzten die Rassisten gegen Migranten, Linke und all jene, die nicht in ihr Weltbild passen. Dieses Aktionswochenende wurde von zahlreichen Protestkundgebungen, Gegendemonstrationen und Menschenblockaden sowohl linker als auch bürgerlicher Bündnisse begleitet. Die Anzahl der Gegendemonstranten beläuft sich auf etwa 6000.

Die Polizei verfolgte dabei das ganze Wochenende dieselbe Taktik: Die Rechten Aktionen zu beschützen und die linken Aktionen zu kriminalisieren, einzuschüchtern, gewaltsam gegen sie vorzugehen und zu verhindern. Bereits am Freitag, als in Bochum ca. 50 Menschen versuchten, die Mahnwache von Pro NRW vor der Moschee in Bochum-Ehrenfeld zu blockieren, löste die Polizei diese unter Anwendung brutalster Gewalt wieder auf. Mindestens zwei Personen erlitten durch den Einsatz von Schlagstöcken schwere Kopfverletzungen. Auch am Samstag bei dem Protest gegen die NPD Kundgebung am Duisburger HBF prügelte die Polizei mehrfach in die versammelte Menge ein, um gezielt einzelne Personen herauszugreifen. Hierbei ging sie mit Tritten, Schlägen und Pfefferspray vor. Wieder wurden mehrere Demonstranten schwer verletzt, darunter eine Frau, die ohnmächtig geprügelt wurde. Ebenfalls wurden Pressefotografen, die die Vorfälle dokumentierten, von Polizisten angegriffen und es wurden Strafanzeigen gegen diese erstattet. Der Abschluss des Aktionswochenendes von Pro NRW und NPD am Sonntag mit den zwei Demonstrationen zur Merkez-Moschee in Duisburg Marxloh war gleichfalls der Höhepunkt der polizeilichen Repression. Abermals wurden Versammlungen gewaltsam aufgelöst und Demonstranten angegriffen, verletzt und festgenommen. Trotz alledem gelang es uns, durch Blockaden die Demonstrationsrouten der Rasissten massiv zu kürzen und sie stark verspätet anfangen zu lassen. Als sich im Verlauf des Tages ein Demonstrationszug von 1000 Personen zur NPD Route hinbeweg-

te, kam es zu einer inakzeptablen Provokation seitens der Polizei. Diese führte nämlich eine Gruppe von ca. 300 Leuten, darunter auch türkische Faschisten, gezielt zu unserer Demonstration und machte sich damit für die darauffolgende Eskalation schuldig. Auch nachdem wir mehrmals darauf hingewiesen haben, dass wir uns nicht mit dieser Gruppe vereinigen wollen, ließ die Polizei sie weiter in unsere Richtung ziehen. Nachdem lautstark antifaschistische Parolen gerufen wurden, antworteten mehrere Faschisten mit dem Gruß der "grauen Wölfe". Daraufhin eskalierte die Lage; die Polizeiketten wurden teilweise durchbrochen und Teile beider Lager gerieten aneinander. Die Mehrheit der Faschisten flüchtete und die Gruppe entfernte sich von unserem Demonstrationszug. Die Polizei reagierte mit dem Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray. Wir verurteilen die taktische Provokation der Polizei aufs Schärfste!

Desweiteren kam es am Ende des Tages zu harten Repressionen am Duisburger HBF. Im und um den Hauptbahnhof trafen einige Antifaschisten auf Neonazis. Durch mehrere "Abreibungen" wurde den Faschisten klargemacht, dass für sie kein Platz in Duisburg ist. Daraufhin kam es zu brutalen Übergriffen seitens der Polizei. Willkürlich wurden Personen eingekesselt und verhaftet. Nichtmal die Anwälte wurden zu den (meist minderjährigen) Gefangenen gelassen. Insgesamt kam es am Sonntag zu ca. 150 Festnahmen.

Trotz alledem, werten wir den antifaschistischen Widerstand am vergangenen Wochenende als Erfolg. Die Routen der Faschisten und Rasissten mussten aufgrund der Proteste deutlich gekürzt werden, sodass sie nicht ins Stadtteil gelangen konnten. Außerdem konnten sie nur deutlich verspätet anfangen.

Keinen Fußbreit den Faschisten!

Hoch die internationale Solidarität!

Unterzeichner:

ADGH - Demokratische Jugendbewegung in Europa
AGIF - Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e.V.

Dev-Genç

Freiheit und Solidarität (NRW)

KPD (Roter Morgen)

Rote Antifa

Korrespondenz aus Duisburg:

Provokation von NPD und Pro-NRW - Der Schuß ging nach hinten los!



mit Polizei-Mannschaftswagen. VW und Mercedes können eigentlich von der Krise der Auto-Industrie kaum betroffen sein... Nach offiziellen Angaben waren 3.000 Polizisten im Einsatz, vor allem, um die Gegendemonstranten zu behindern. Die Taktik war so: zwei der Sammelplätze lagen so nah beieinander, daß die Antifaschisten sich gegenseitig sehen konnten. In zähen und langwierigen Verhandlungen verbuchte die Demo-Leitung dann den vielbejubelten "Erfolg", daß der eine Demonstrantenteil zu dem anderen vorgehen konnte - da standen nun alle

27.3.: Dumpfbacken im Duisburger Zoogehege...

Los ging der rechtsradikale Spuk bereits am Freitag, dem 26. März - Pro NRW suchte einige Städte im Ruhrgebiet heim, um gegen islamgläubige Mitbürger zu hetzen. Ein Bus mit etwa 50 Insassen (andere sprechen von nur 30) tauchte in z.B. Herten auf, spie seine Ladung aus, nach etwa 30 Minuten Hasstiraden krabbelten die wackeren Streiter wieder in ihr Vehikel, um dasselbe Spektakel in Gelsenkirchen, Oberhausen usw. abziehen. In allen von ihnen heimgesuchten Städten hatten sich Hunderte, Tausende Menschen deutscher Herkunft und solche "mit Migrationshintergrund" - wie das heute heißt - zu Protesten und kulturellen Veranstaltungen zusammengefunden.

Am Samstag trat die NPD in Aktion. In einem an ein Zoo-Gehege erinnernden Absperrgitter-Geviert am Hauptbahnhof sammelten sich nach und nach 50-60 Dumpfbacken. In guter Sicht- und Hörweite waren Tausende Gegendemonstranten. Die Haßtiraden der Nazis waren nur in unmittelbarer Nähe zu hören, den Schwachsinn wollen wir hier nicht wiederholen - nur soviel: in Bausch und Bogen wurden sämtliche Türken als fanatische Befolger des Unsinn bezichtigt, den der türkische Ministerpräsident Erdogan des öfteren von sich gibt. Das ist so, als würde man sämtlichen Deutschen den ... vorwerfen, den der Milchbubi von der FDP von sich gibt... Die Polizei trat, um die "Demokratie" zu schützen, mit einer großen Anzahl Mannschaftswagen auf und entsprechender Personenstärke. Es kam zu einigen Übergriffen, so sollen antifaschistische Demonstranten mit Reizgas behandelt worden sein. Höhepunkt des braunen Spuks war dann der Sonntag. Um zu zeigen, welche geistigen Übereinstimmungen sie haben, führten Pro NRW und NPD gleichzeitig zwei Demonstrationen von verschiedenen Orten aus durch, aber mit gemeinsamem Abschluß. Zwei breite Bündnisse hatten im Vorfeld in Duisburg geplant, wie dem Aufmarsch der Rechten zu begegnen sei; aber nur eines der beiden Bündnisse bemühte sich darum, die rechten Aufmärsche zu verhindern, was - anders als in Dresden - leider nur als Behinderung gelang. Fünf verschiedene Sammelpunkte waren organisiert, da niemand wußte, mit welcher Taktik die Polizei den Rechten zum Erfolg helfen würde. Alle Straßen, die wir sahen, waren links und rechts zugeparkt

vereint lange herum vor der nächsten Polizeiblockade. Wieder lange Verhandlungen, eine Reihe von Demonstrationsteilnehmer verließ schon frustriert den Platz - dann wieder ein "Erfolg": wir durften ein paar hundert Meter weiter, bis wir wieder blockiert wurden... Das ganze zog sich Stunden hin, zu guter (?) Letzt kamen wir aber doch zum Platz vor der Moschee, wo ein Volksfest von deutschen und auslandsstämmigen Bürgern stattfand. Natürlich waren die Faschos da schon weg... Um uns zusätzlich zu erfreuen, ließ die Polizei während unserer Stop-and-go-Demonstration dann noch eine Gruppe rechter Türken fast direkt an unsere Reihen heran, doch wir ließen uns dadurch nicht provozieren.

An anderen Sammelstellen waren die Antifaschisten erfolgreicher als wir. Mit Sitzblockaden versperrten sie den Nazis den Weg; die wurden so eine lange Zeit aufgehalten, ihre geplante Demo-Route wurde von den Ordnungskräften außerdem erheblich verkürzt. Pro NRW kurvte derweil mit drei Bussen mindestens dreimal um einen größeren Autobahnkreisel, weil sie nicht herunter konnten. Insgesamt sollen etwas mehr als 300 Rechtsradikale an den beiden Demos teilgenommen haben. Ihr Erfolg: Mehr als 5.000 Menschen hatten sich zusammengefunden, um ihnen auf unterschiedliche Weise deutlich zu machen, was sie von solchem braunen Gesochs halten. Es kam am Samstag und am Sonntag in Marxloh zu einem Fest zwischen "ausländischen" und deutschen Bürgern - das wollten die Rechten ja sicherlich erreichen!



Das "Existenzrecht" der NPD bleibt dank Bundestagsmehrheit!

Die NPD braucht in den nächsten Jahren kein Verbotsverfahren zu befürchten. Dafür hatte am 29. Januar 2009 eine breite Mehrheit im Bundestag gesorgt, indem sie einen Antrag der Linksfraktion ablehnte, die V-Leute des Verfassungsschutzes abzuschalten.

Zwar herrschte Einigkeit darüber, daß ein Verbotsverfahren nur dann Erfolg verspricht, wenn zuvor die V-Leute abgezogen werden. An dieser Frage war das erste Verfahren im Jahr 2003 gescheitert, nachdem offenbar wurde, daß die Führungsebenen der Partei von V-Leuten durchsetzt waren. Der NPD waren daraus nicht nur mögliche prozesstaktische

und organisatorischen Verfestigung.

Ein Verbot der NPD würde die gesamte rechtsextreme Szene treffen würde, weil ihr dann sowohl die staatliche Finanzierung als auch das organisatorische Rückgrat wegbräche.

Was sich bisher nur die kühnsten Kritiker offen zu sagen trauten, wurde durch einen redseligen Landesinnenminister nun quasi amtlich bestätigt: **Der Staat steuert die NPD!**

Auf einer CDU-Veranstaltung im Kreis Calw ließ es der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech locker angehen und plauderte aus dem politischen Nähkästchen. Würden all jene aus den Reihen der braunen Sozialisten abgezogen, die als V-Leute oder verdeckte Ermittler auf der Lohnliste des Staates stehen, "dann würde die NPD in sich zusammenfallen", so verkündete jedenfalls der Herr Minister (opponent.de/index.php?entry=entry090310-204314)

Aber nicht nur personell wird die NPD vom Staat unterstützt: So ist es eine Tatsache dass die NPD-Geld fast zur Hälfte vom Staat bekommt. Wie aus dem am 16.03. 2010 vom Bundestag veröffentlichten Rechenschaftsberichten hervorgeht, erhielt die neofaschistische Partei im Jahr 2008 knapp 1,5 Millionen Euro aus der staatlichen Teilfinanzierung, mehr als 48 Prozent der Einnahmen. (MD-Volksstimme, 17.3.2010)

Die Hilfe und Unterstützung von Seiten des Staates und seiner Organe geht aber weiter. So erfahren Antifaschistinnen und Antifaschisten immer wieder auf Demonstrationen gegen die Neonazis, dass Nazis unter besonderem Schutz stehen. Ob nun in Magdeburg, Dresden, Berlin usw., Nazis werden fürsorglich vom Staat behandelt.

Dabei müsste der Staat diese nach ihrem Grundgesetz verbieten: Für eine gemeinsame Deutschlandpolitik der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens nach 1945 nannten die POTSDAMER VEREINBARUNGEN u.a. folgende Hauptziele:

-Vernichtung der Nazipartei, all ihrer Gliederungen,



Nachteile entstanden, es stellte sich auch heraus, dass einige der besonders verfassungsfeindlichen Schriften aus der Feder von V-Leuten stammten.

Anfragen der Linksfraktion nach der Entwicklung im rechtsextremen Spektrum werden von der Bundesregierung regelmäßig mit dem lakonischen Hinweis beschieden, es lägen "keine Erkenntnisse" vor. Auch im Innenausschuss, betonte Ulla Jelpke (Die Linke), frage sie immer umsonst, wo denn die V-Leute tatsächlich für Aufklärung sorgten. Stattdessen sei es so, dass man oftmals nicht mehr wisse, wer "die Geführten und wer die Verführten" seien. Vom Staat bezahlte Spitzel trügen weniger zum Kampf gegen die NPD bei als zu ihrer ideologischen

Unterorganisationen und Ämter;
-Verhinderung jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda;

-Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft des deutschen Imperialismus, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen. Nach Artikel VII Kontrollratsgesetz Nr.8, Nr.4 des Gesetzes, Nr. 5 der Militärregierung Deutschlands und Art. 1 Abs.3 Kontrollratsgesetz Nr.2 sind faschistische Organisationen verboten.

Nach Artikel 139 des Grundgesetzes sind die von den Alliierten erlassenen Rechtsvorschriften

“zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus” nach wie vor gültig. Abstaz

Eine weitere Grundlage für ein Verbot böte das “internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung”, das am 21.12.65 von der UN-Vollversammlung angenommen wurde. Als Folge dieser UN-Konvention ist in der BRD das “Gesetz zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung” seit dem 15.6.69 in Kraft. (BGBl.1969 D, S.2211) Bisher kam dieses Gesetz aber noch nie zur Anwendung.

Der Staat lässt Nazis marschieren

Am 16.01.2010 fand der alljährliche Naziaufmarsch, aus Anlass der Bombardierung der Stadt Magdeburg im 2. Weltkrieg, statt. AntifaschistInnen aus verschiedenen Spektren versuchten sich den Nazis in den Weg zu stellen, jedoch prügeln etliche Polizeieinheiten aus 6 Bundesländern den Nazis die Strasse frei.

Am Mittag startete die Demo der Alm (Autonome Linke Magde-



burg), vom Olvenstedter Platz mit rund 300- 400 Antifas. Die Demo gelang es innerhalb eines Wanderkessels in die Nähe des Hauptbahnhofes (Treffpunkt der Nazis) zu kommen. Einige Zeit später wurde die Demo von den Veranstaltern aufgelöst.

Eine Vertreterin von “zusammen kämpfen” meinte zu den Ereignissen folgendes: “Die Polizei wollte um jeden Preis eine Blockade des Naziaufmarsches verhindern. Den ganzen Tag wurde die Innenstadt von Polizeihorden besetzt gehalten. Etliche Menschen wurden geschlagen oder angefahren, 17 Personen zwischenzeitlich in Gewahrsam genommen und unzählige

Platzverweise gegen Protestierende ausgesprochen. Seit 12 Jahren müssen wir hier erleben, dass die Verantwortlichen von Staat bis Kapital den Erben der NSDAP ein Recht auf faschistische Propaganda in den Straßen unserer Stadt einräumen. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, dass wir uns durch die gewalttätigen Praktiken des Polizeistaates, wie wir sie gestern erleben konnten, nicht einschüchtern lassen und weiterhin offensiv gegen Nazis auftreten werden.”

Auszug aus “Zusammen Kämpfen” (Magdeburger Bündnis: DKP/Sachsen Anhalt, KPD-Rote Fahne, KPD/ML)

Ein Flugblatt mit folgendem Inhalt verteilte die KPD/ML am 16. Januar

Wir verlangen das Verbot aller faschistischen Organisationen! Wir fordern, dass jeglicher Polizeischutz von Naziveranstaltungen sofort eingestellt wird! Wir fordern, dass faschistische Propaganda unterdrückt wird! Die staatliche

Finanzierung aller faschistischen Parteien ist sofort einzustellen! Die Bespitzelung von Antifaschistinnen und Antifaschisten muss beendet werden! Diejenigen, die für ihre antifaschistischen Aktivitäten bestraft wurden, müssen rehabilitiert werden!

Der Kapitalismus sprengt die nationalen Grenzen gründlicher als jedes andere Gesellschaftssystem vor ihm. Er exportiert Kapital, Waren und Menschen in alle Welt und schafft auf dieser Grundlage internationale Wirtschaftsräume wie die EU. Die imperialistischen Länder können ihre ökonomische Entwicklung nur mit Hilfe von Einwanderern sichern, so dass selbst die CDU inzwischen Deutschland als das Einwanderungsland anerkennt, das es schon Jahrzehnte ist. Der Kapitalismus würfelt die Nationen durcheinander, greift die nationale Abgeschlossenheit an und hebt auf diese Weise das Kulturniveau. Der Kapitalismus fördert die Verbindung zwischen Nationen. Um die Konkurrenzfähigkeit zu steigern, muss das Kapital die Arbeitskräfte, die es ausbeutet, mehr motivieren. Der Rassismus aber trägt Unruhe in die Betriebe, stört die Entwicklung der Produktivkräfte und vermindert die Gewinne. Und mit offener deutscher Arroganz werden internationale Geschäfte schwieriger und ebenso das Ziel, in Europa den Ton anzugeben. Die wütenden Attacken von Nazis auf Einwanderer sind konservativ. Sie versuchen, Einwanderer zu vertreiben und Menschen nach Nationen zu trennen, obwohl die kapitalistische Entwicklung in die andere Richtung geht.

Rassismus gehört zum Wesen des Kapitals

Nach wie vor ist der Kapitalismus aber auch die Grundlage des Rassismus. Jedes Kapital will zualererst sich selbst vermehren. Da gibt es keine Toleranz gegenüber anderen Nationen. Es entwickelt sich in Konkurrenz. Da geht es um Überleben, nicht um Menschlichkeit. Es strebt danach, Konkurrenten zu vernichten oder zu beherrschen und nicht, sie zu respektieren. Der Profit-Egoismus der Konzerne und Banken ist die Basis des Nationalismus und damit eine Basis des Rassismus, der Überzeugung von der eigenen Überlegenheit und der Minderwertigkeit der Konkurrenten.

Andererseits sind die Arbeitskräfte, die den Reichtum des Kapitals vermehren, Waren, die ebenfalls in Konkurrenz zueinander stehen. Das Kapital schürt tagtäglich die Konkurrenz, indem es die Arbeits-

kräfte verschiedener Länder gegeneinander ausspielt, u.a. die "teureren" deutschen Arbeitskräfte durch die "billigeren" ausländischen ersetzt. Diese Konkurrenz führt bei Arbeitskräften ebenfalls zum Wunsch nach Verdrängung des Konkurrenten. Und zwar umso mehr, je weniger die gemeinsamen Interessen aller Arbeiterinnen und Arbeiter, unabhängig von ihrer Nationalität, gegenüber dem Kapital, unabhängig von seiner Nationalität, im Mittelpunkt stehen. Das Kapital betrachtet Menschen nur unter dem Aspekt, ob sie Profite bringen. Für diejenigen, die das Kapital nicht braucht, will es möglichst wenig ausgeben. Das ist die Wurzel der Hetze gegen Arbeitslose, Obdachlose usw., die als Schmarotzer angesehen werden. Die Nazis sind nur die Vollstrecker. Ihr Hass knüpft daran an, dass letztlich diejenigen, die nicht arbeiten, aus Lohnabzügen der Arbeitenden finanziert werden. Der Faschismus stützt sich auf den Egoismus der Lohnarbeiter, auf die Konkurrenz untereinander, nicht auf ihre kollektiven Interessen gegenüber dem Kapital. Der Kapitalismus produziert also umso mehr Rassismus, je mehr sich die Konkurrenz verschärft bzw. die ökonomischen Bedingungen für das Kapital und die arbeitenden Menschen verschlechtern. Weltoffenheit und Toleranz sind auf der Basis des Kapitals und der so genannten "Marktwirtschaft" nur in verkümmerter Form möglich. Wenn die Vertreter der "Marktwirtschaft" nun gegen die Auswirkungen ihrer eigenen Wirtschaftsordnung kämpfen, sollen sie das ruhig tun. Je mehr sie das tun, desto mehr beweisen sie, dass das Kapital dem Ziel, den Rassismus zu bekämpfen, genauso im Wege steht wie dem vorgeblichen Ziel, Frieden zu schaffen, Bildung für alle zu erreichen oder die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Alle konkreten Maßnahmen des bürgerlichen Staates, den Rassismus in Taten zu bekämpfen bzw. faschistische Organisation zu verbieten, sind positiv. Auf dem Boden des Kapitalismus jedoch müssen sie inkonsequent bleiben. Selbst wenn alle faschistischen Parteien und die Äußerung faschistischer Ideen verboten würden (das streben wir an), könnte die faschistische Ideologie selbst nicht verboten werden. Ihr müsste der materielle Boden entzogen werden, der sie hervorbringt. Wer den Rassismus besiegen will, der muss den Kapitalismus beseitigen wollen mitsamt der unerbittlichen Konkurrenz zwischen Menschen, die er erzeugt, der muss danach

streben, dass Menschen als Menschen zählen und nicht nur als Ware Arbeitskraft, die auszubeuten ist. Die "Theorie von der Ungleichwertigkeit der Menschen", ist ein Kernstück der Ideologie des Kapitals. Kampf gegen den Faschismus ist deshalb ein Teil des Kampfs gegen den Kapitalismus. Die Bundestagsparteien des Kapitals dagegen, die vorgeben, den Rassismus zu bekämpfen, kämpfen gleichzeitig für die Aufrechterhaltung der Bedingungen, die den Rassismus hervorrufen. Deshalb haben sie auch Jahrzehnte gebraucht, um Forderungen in verstümmelter Form zu übernehmen, für die die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland schon seit Jahrzehnten eintreten. Setzen wir sie unter Druck, damit sie so weit gehen, wie irgendmöglich. Der Staat unterdrückt mit Hilfe von Polizei und Gerichten seit Jahrzehnten die Zivilcourage gegen Nazis. Wie viele Antifaschisten wurden festgenommen, verprügelt, zu Geldstrafen oder sogar Gefängnis verurteilt, weil sie Veranstaltungen von Nazis verhindern wollten? Wie viele Demonstrationen gegen Nazis wurden vom Staat verboten? Es gibt kaum eine Naziveranstaltung, die nicht von der Polizei massiv verteidigt wird. Verfassungsschutz und Geheimdienste überwachen und registrieren Gegner des Faschismus. Und der Staat finanziert die Naziparteien mit den Steuergeldern der Bürger, die er zur Entschlossenheit gegen Nazis auffordert. Das alles hat sich bis heute im Prinzip nicht geändert. Wir brauchen Zivilcourage. Die aber ist letztlich eine Eigenschaft, die im Widerspruch zum Duckmäusertum steht, die das Kapital produziert. Das Kapital verlangt Unterordnung und bedroht Zivilcourage mit Existenzunsicherheit. Dasselbe macht sein Staat. Das alles produziert Gleichgültigkeit und Desinteresse. Zivilcourage ist gefragt, aber nicht nur gegen Nazis, sondern vor allem gegen das Kapital und seinen Staat. Ob die Politiker "Zivilcourage" haben, die sie von den Bürgern verlangen, das können sie beweisen, wenn sie die staatliche Förderung für Faschisten beenden. Tun sie es nicht, dann beweisen sie, dass sie den Faschismus als Hilfstruppe brauchen, der für das Kapital die Drecksarbeit erledigt.

KPD/ML

In der bürgerlich-parlamentarischen Zeit (Weimarer Republik) half die Polizei immer wieder den

Faschisten. Kurt Tucholsky spottete darüber in vielen seiner Gedichte:

50 % Bürgerkrieg

Wenn der Stahlhelm anrückt, wenn die Nazis schrein: "Heil"

Dann steckt die Polizei den Gummiknüppel ein
Und denkt sich still ihr Teil.

Denn auf Deutsche schießen, in ein deutsches Angesicht:

Das geht doch nicht!

Das kann man doch nicht!

Wenn die Arbeiter marschieren, wenn die Arbeitslosen schrein: "Hunger!"

Dann schlägt die Polizei mit dem Gummiknüppel drein- Hunger - ?

Dir wern wa! Weitergehn! Schluß mit dem Geschrei!

Straße frei!

Wenn Deutschland einmal seufzt unter einer Diktatur,

wenn auf dem Lande lasten Spitzel und Zensur,
ein Faschismus mit Sauerkohl, ein Mussolini mit Bier...

wenn ihr gut genug seid für Militärspalier-:

dann erinnert euch voll Dankbarkeit für Uniformenpracht

an jene, die das erst möglich gemacht.

An manchen Innenminister. Und ein Bürogesicht...

Es ging nun mal nicht anders.

Sie konnten es nicht.

(Kurt Tucholsky / Die Weltbühne: 20.5.1930)



Rosen auf den Weg gestreut

Ihr müßt sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind so zart!
Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!
Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft –
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft!

Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt: +Ja und Amen – aber gern!
Hier habt ihr mich – schlagt mich in Fetzen!
Und prügeln sie, so lobt den Herrn.
Denn Prügeln ist doch ihr Geschäft!
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft.

Und schießen sie –: du lieber Himmel,
schätzt ihr das Leben so hoch ein?
Das ist ein Pazifisten-Fimmel!
Wer möchte nicht gern Opfer sein?
Nennt sie: die süßen Schnuckerchen,
gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen ...
Und verspürt ihr auch
in euerm Bauch
den Hitler-Dolch, tief, bis zum Heft –
Küßt die Faschisten, küßt die Faschisten,
küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft!

*Theobald Tiger (Kurt Tucholsky), Die Weltbühne,
31.03.1931, Nr. 13, S. 452*



Korrespondenz:

Wem die Stunde schlägt...

Ich lese gerade den biographischen Roman von Joe Klein über Woody Guthrie. Woody war der wohl bedeutendste Volksliedschreiber der USA, der immer für die Arbeiterklasse gesungen und gekämpft hat. Beim Lesen fiel mir bei einer im Roman geschilderten Begebenheit etwas ein, was ich vor Jahren in Kiel erlebt habe: und was ich zunächst berichten möchte

Im Anschluß an eine Demonstration gegen den Krieg der USA gegen Vietnam stand ich auf dem

Vineta-Platz noch mit einigen Demonstrationsteilnehmern zusammen; wir sprachen über die Demonstration, den Krieg, die Berechtigung des Befreiungskampfes usw. - dabei geriet ich in eine heftige Diskussion mit einem älteren Herrn - ich selber war damals Student. Einer der Zuhörer zupfte mich am Ärmel und fragte mich, ob ich überhaupt wisse, mit wem ich da redete? Das wußte ich nicht, erfuhr es aber dann - mein Gesprächspartner hatte als Kommunist unter den Nazis jahrelang im KZ gesessen. "Und ich sollte sogar erschossen werden," bemerkte dazu der ältere Herr. "Sie haben meinen Namen aufgerufen, aber dann einen anderen mitgenommen. Ich habe noch überlegt, ob ich mich melden soll, habe aber dann gedacht: nach dem Krieg brauchen sie Kommunisten für den Wiederaufbau, da habe ich mich nicht gemeldet."

Mir war schlecht vom Gehörten. Es hat mich die ganze folgende Nacht über bewegt. Mir war klar, daß der ältere Herr seit 30 Jahren kein ruhiges Gewissen hatte und daß er von mir erhoffte, ich würde sein Verhalten als richtig bezeichnen. Doch das konnte ich nicht - ihn kritisieren konnte ich als junge Spund, der noch nie in einer auch nur annähernd ähnlichen Situation gewesen war, aber auch nicht. Ich habe mich später über mich geärgert, weil ich nicht nach dem Namen dessen gefragt hatte, der an seiner Stelle in den Tod gegangen war...

Nun zu Woody: er war glühender Antifaschist und fuhr zusammen mit einem Freund, ebenfalls politischer Volksänger, mit einem US-Truppentransporter nach Europa, um gegen die Faschisten zu kämpfen. Mit ihnen waren 3000 Soldaten an Bord - unter Deck. Auf dem Deck gab es Rettungsbote mit Platz für etwa 200-300 Personen. Bei einem Angriff von U-Booten der Nazis hätten die Soldaten unter Deck keine Überlebenschance gehabt. Woody's Freund schlug ihm, als sie in die gefährlichen Gewässer kamen, vor, sich in der Nähe der Rettungsboote aufzuhalten, um im Notfall möglichst einen Platz zu ergattern. Woody jedoch, Kommunist und Antifaschist, schnappte sich seine Gitarre und begab sich unter Deck, um den Soldaten in dieser gefährlichen Situation mit seinen Liedern Mut zu machen. Einige Minuten später kam ihm sein Freund beschämt nach...

(Anm. der Red.: Joe Klein: Woody Guthrie - die Biographie; List Tb 60084; z.Z. leider vergriffen)

Antikommunistische Hetze im Geschichtsunterricht Kl. 13

Korrespondenz: Freitag, 15. Januar 2010, 12:40 in einem Gymnasium in den "neuen Bundesländern":

Die Lehrerin spricht über die Entwicklung der Weimarer Republik.

Sie nennt Daten, und die Schüler schreiben alles fleißig ab. Als sie dann diktiert: "KPD und NSDAP haben bei dem Verkehrsarbeiterstreik in Berlin zusammengearbeitet" melde ich mich zum Widerspruch, da ich der Meinung bin, dass man dies so nicht im Raum stehen lassen kann.

Als ich die Erlaubnis zum sprechen bekam, fragte ich: "Kann man hier denn wirklich von Zusammenarbeit sprechen? Ich meine, wenn die KPD einen Streik organisiert und die NSDAP sich dazustellt, dann kann man den Streik doch nicht einfach abbrechen!".

In diesem Moment sah man eine schlagartige Veränderung in der Mimik der Lehrerin.

Sie fragte mich mit einer fast zornigen Stimme: "Warum kann man das nicht?". Ich antwortete ihr dass es in erster Linie darum geht, dass die Arbeiter sich was zu fressen und warme Hütten beschaffen, und diese Bedürfnisse nicht nach hinten gestellt werden können, nur weil Nazis aufkreuzen. Eine Schülerin meldet sich, während die Lehrerin warnt, dass ich mir dieses Vokabular zu sparen habe.

Die Lehrerin erteilt der Schülerin das Wort.

Diese sagt nun: "Aber wenn die KPD bei den Wahlen 1932 die NSDAP unterstützt, dann kann man wohl schon sagen, dass da irgendwelche Sympathien sind!" - mir blieb nichts anderes übrig, als mir jetzt verzweifelt an die Stirn zu fassen und nicht zu glauben, was die Schülerin von sich gegeben hat.

Die Lehrerin wertet dies als Ausdruck der Intoleranz und wird sauer.

Sie schreit mich fast an: "Typisch Kommunist! Du bist sowas von intolerant! Keiner hier im Kurs reagiert so wenn du etwas sagst, alle tolerieren dich, aber du tolerierst hier anscheinend niemanden! Wenn ich so intolerant wäre wie du, dann würdest du hier nicht so gute Noten haben."

Ich antworte: "Aber sie können hier doch nicht so tun, als ob KPD und NSDAP Freunde gewesen wären.". Der folgende Satz der Lehrerin zeigt die Dekadenz dieses bürgerlichen Bildungssystems wie wohl nichts anderes: "**Ich halte meinen Un-**

terricht wie ich will, deine politische Linie hat hier nichts zu suchen! Außerdem habe ich nur gesagt dass sie zusammengearbeitet haben - nichts anderes."

Dazu fiel mir dann nichts mehr ein...

Ich überlegte, einfach aufzustehen und den Raum zu verlassen, um mich dann mit "Ich hatte spontanen Brechreiz" für die Fehlstunde zu entschuldigen - aber die Genugtuung wollte ich der Lehrerin nicht geben.

Allerdings, es gibt auch anderes von unserer Schule zu berichten: unser Direktor (CDU!) hat mir die Werbung für den Bildungsstreik erlaubt, meine Tutorin hat mein Fehlen im Unterricht (wegen der Demo) stillschweigend als "entschuldig" vermerkt, obwohl ich eigentlich unentschuldig gefehlt habe...

WARNSTREIK von ver.di

Korrespondenz: Heute, am 5. Februar, dem Warnstreik-Tag des Öffentlichen Dienstes, geriet ich zufällig in die Demonstration der Kolleginnen und Kollegen von ver.di in Recklinghausen - ich hatte vorher in den Medien keinen Hinweis darauf gesehen. Auf meinem "Konsumier-Trip" wurde ich erst durch Trillerpfeifen darauf aufmerksam. Es waren wohl etwa 2.000 Teilnehmer aus dem ganzen Kreis. Die Stimmung war gut, aber es wurden keine Parolen gerufen und es gab nur wenige Transparente mit Forderungen. Aus Solidarität ging ich das letzte Stück der Route bis zum Bahnhofsvorplatz mit. Dort erklang über Lautsprecher bereits Musik. Ein US-amerikanischer Sänger skandierte (von einer CD) immer wieder "Hallelujah" - mir wurde nicht ganz klar, welcher der Tarifforderungen das entsprach. Als dann eine andere US-amerikanische Musikgruppe (auch von CD) auf Englisch fragte, ob das der Weg nach Amarillo sei, verabschiedete ich mich, denn da wollte ich nicht hin.

Ich stelle mir vor, ich wäre von der Arbeitgeberseite - dann wäre mir bei dieser Demo gewiß nicht Angst und Bange geworden. Die ver.di-Führung hatte den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit gegeben, Dampf abzulassen. Aber ansonsten herrscht Ruhe im Land... Ich hoffe trotzdem, daß die Kolleginnen und Kollegen ihre Forderungen durchbringen.

8. Mai 1945: Tag der Befreiung



(*“Sieg der Freiheit und des Friedens über Knechtung und Diktatur”*)

Das zwanzigste Jahrhundert ist und bleibt das Jahrhundert des Beginns des Zeitalters des Sozialismus. Die Arbeiterklasse hat mit der Vernichtung der Ausbeuterordnung in den sozialistischen Ländern, mit der Zerschlagung der Hauptkräfte des Faschismus durch die Sowjetunion und mit der tatkräftigen Hilfe für die versklavten Völker bei deren Kampf gegen das imperialistische Kolonialsystem der Menschheit den Weg gebahnt, aus dem “Reich der Notwendigkeit” den Schritt ins “Reich der Freiheit” zutun.

Das 20. Jahrhundert ist auch das blutigste und grausamste Jahrhundert der bisherigen Menschheitsgeschichte; dazu hat es die imperialistische Bourgeoisie gemacht mit ihren zwei Weltkriegen, mit dem von ihr als Speerspitze gegen die sozialistische Sowjetunion gezüchteten Faschismus, mit den zahlreichen Kriegen gegen die um ihre Befreiung vom Kolonialismus und Imperialismus kämpfenden Völker.

Der zweite Weltkrieg

Zur Vorgeschichte: vordergründiges Hauptziel Nazi-Deutschlands war die Revanche für die Niederlage von 1918. Dem Wesen nach ging es aber um mehr, war es ein vom deutschen Imperialismus unternommener Großversuch, die politischen und

wirtschaftlichen Machtverhältnisse in der Welt grundlegend zu verändern. Dieser Großversuch begann “offiziell” am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen, in Wirklichkeit begann er schon früher, z.B. mit der Einmischung der Nazis in Spanien 1936, dem Überfall Italiens in Nordafrika, dem Überfall Japans auf die Mandschurei. Zum Weltkrieg wurde er durch die nach dem Sieg über Polen geführten Angriffskriege gegen nahezu alle europäischen Staaten und insbesondere durch den Angriff auf die Sowjetunion im Jahre 1941.

Zweifellos hätte das von der Sowjetunion in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts angestrebte kollektive europäische Sicherheitssystem einen Zweiten Weltkrieg verhindern können. Kein Geringerer als der damalige britische Außenminister Anthony Eden gestand das ein, als er im Februar 1945 vor dem britischen Unterhaus erklärte: “Wer wollte jetzt bezweifeln, dass, wenn die zwischen Russland, Britannien und den Vereinigten Staaten in Jalta hergestellte Übereinstimmung im Jahre 1939 erreicht worden wäre, dieser Krieg niemals hätte ausbrechen können.” Tatsächlich setzte sich stattdessen erst einmal die mit dem Locarno-Pakt vom 16. Oktober 1925 zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland abgesteckte Linie zur Isolierung der Sowjetunion und zur Kanalisierung der Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus in Richtung Osten durch. Waren in diesem Vertrag doch die deutschen Westgrenzen wechselseitig anerkannt worden, wohingegen die Fixierung der deutschen Ostgrenzen offen gelassen wurde.

Nicht zuletzt gedeckt durch den Locarno-Pakt ließ die Hitler-Regierung am 12. März 1938 ihre Wehrmacht in Österreich einmarschieren und mit dem Anschluss dieses Landes das angestrebte “Großdeutsche Reich” verwirklichen. Mit dem am 29. September 1938 - zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich abgeschlossene Münchner Abkommen wurde zunächst das Sudetenland, faktisch aber die ganze Tschechoslowakei an Nazi-Deutschland ausgeliefert. Am 15. März 1939 marschierten deutsche Truppen in Prag ein und Hitlerdeutschland annektierte das restliche

tschechische Territorium als "Reichsprotektorat Böhmen und Mähren". In der Slowakei wurde am 16. März 1939 mit Hilfe slowakischer Separatisten ein slowakischer Marionettenstaat errichtet.

Auf Drängen der Sowjetunion kam es zwischen dem 11. und 21. August 1939 zu britisch-französisch-sowjetischen Militärverhandlungen in Leningrad. Sie waren die letzte Etappe der seit dem Frühjahr 1939 laufenden Verhandlungen zwischen den Regierungen dieser drei Staaten über den Abschluss eines Dreimächtepaktes gegen weitere Aggressionshandlungen des faschistischen Deutschlands. Doch Großbritannien und Frankreich waren zu keinen verbindlichen Verpflichtungen bereit, weil sie mehr an der Isolierung der Sowjetunion als an der Verhinderung eines deutschen Angriffskrieges gegen Polen interessiert waren. Nach Einschätzung des damaligen USA-Innenministers Harold Ickes ging es vor allem England darum, "dass es Russland und Deutschland gegeneinander ausspielen und so sich selbst aus der Entscheidung heraushalten könnte."

Als schließlich auch dieser Versuch der Sowjetunion ergebnislos blieb, musste die Sowjetregierung ihre Politik zur Schaffung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems zur Verhinderung eines neuen Krieges endgültig als gescheitert ansehen. Die Konsequenzen, die die sowjetische Führung daraus zog, waren folgenreich. Am 23. August 1939 schlossen Deutschland und die UdSSR in Moskau einen Nichtangriffsvertrag ab.

Nazi-Deutschland erobert fast ganz Europa

Das imperialistische Deutschland hat die Planung zur Erlangung der Weltherrschaft lange vor der Errichtung der Nazi-Diktatur begonnen.

Bereits 1925 hatte der Chef der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, die Planungsaufgabe gestellt, ein Kriegsheer von 102 Divisionen mit 2,8 bis 3 Millionen Mann aufzustellen. Als Deutschland am 1. September 1939 Polen überfiel, verfügte das deutsche Heer tatsächlich über 102 Divisionen mit 2,8 Millionen Mann. Die deutschen Rüstungsausgaben waren von 600 Millionen Reichsmark im Jahre 1932 auf 32,3 Milliarden im Jahre 1939 gestiegen; das waren 69 Prozent aller Staatsausgaben oder 23 Prozent des Bruttosozialproduktes.

Mit dem Faschismus errichteten die reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals in Deutschland ihre offen terroristische Diktatur. Sie

zerschlugen die organisierte Arbeiterbewegung und nahmen Kurs auf den imperialistischen Krieg.

"Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zu seiner Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf." Das forderte Carl Duisberg, Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben, im März 1931 vor der Industrie- und Handelskammer München. Er forderte damit die Vorbereitung einer imperialistischen Aggression, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte.

Der Angriff nach Osten

Innerhalb von nur 18 Tagen war die polnische Armee durch die faschistische Wehrmacht im September 1939 geschlagen. Der gewaltsame "Anschluss" Österreichs öffnete schon 1938 für Hitler das Tor in die Balkan-Länder - wichtige Landwirtschafts- und Rohstoffreserven. England und Frankreich sahen tatenlos zu, so lange Hitlers Eroberungsfeldzug sich auf die sozialistische Sowjetunion im Osten richtete. Vor der Weltöffentlichkeit wurde das allerdings als "Appeasement" ("Beschwichtigungs-"Politik) verkauft mit dem angeblichen Ziel, Hitler besänftigen zu wollen.

Doch die Rechnung der französischen und britischen Imperialisten ging nicht auf: Da die für die deutsche Industrie in Frage kommenden Rohstoff- und Absatzgebiete in Händen des englisch-französischen Kapitalismus lagen, mußte die Expansion nach dem Westen erfolgen. Zur glatten Durchführung dieses Vorhabens mußte vorübergehend der Ausgleich mit der Sowjetunion gefunden werden, um den Zweifrontenkrieg zu verhindern. So waren die Voraussetzungen zum Beginn des europäischen Krieges 1939 gegeben.

Stalin war es durch seine geschickte Politik unter anderem mit dem Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 gelungen, einen Überfall auf die Sowjetunion vorerst abzuwenden.

Der Angriff nach Westen

Am 10. Mai 1940 beginnt die große Offensive im Westen. Die Hitler-Armee überrennt Belgien und Nordfrankreich - am 14. Juni 1940 wird Paris eingenommen. Frankreich bricht militärisch zusammen. Die deutschen Faschisten planen die Invasion Englands.

Gleichzeitig bereiten die USA den Kriegseintritt vor - mit dem deutschen Imperialismus, zumal wenn ihm die Unterwerfung Englands gelänge, wäre ein gefährlicher Rivale im Kampf um die Weltherrschaft herangewachsen.

Die Wende im Charakter des Krieges

Hitler brauchte eine sicherere Basis, um einen erfolgreichen Schlag gegen England und die USA führen zu können. Dafür musste die Rote Armee im Osten und die revolutionäre Opposition im Innern durch die Zertrümmerung der sozialistischen Sowjetunion ausgeschaltet werden. Am 22. Juni 1941 fielen die faschistischen deutschen Truppen in die Sowjetunion ein.

Bisher war dieser Krieg ein rein imperialistischer Krieg, eine kapitalistische Auseinandersetzung zur Eroberung von Rohstoff- und Absatzgebieten, ein Krieg, der die koloniale Neuaufteilung der Erde auf die Tagesordnung setzte. Durch den Angriff der deutschen Gruppe gegen die Sowjetunion wurde der Krieg gekennzeichnet durch die große soziale Auseinandersetzung der aggressiven kapitalistischen Gruppen gegen die sozialistische Gruppe. Geplant hatte Hitler die Niederschlagung der Sowjetunion in einem "Blitz-Krieg" - auf einer 3500 km breiten Front warf er fast sein gesamtes technisches und "Menschenmaterial" gegen Osten. Doch das sowjetische Volk erhob sich gegen die Aggressoren. Mit einer für die Imperialisten unvorstellbaren und völlig unterschätzten Kampfmoral leisteten die Massen des riesigen Landes Widerstand im Großen Vaterländischen Krieg zur Verteidigung ihrer sozialistischen Heimat. Die Hitler-Truppen wurden aufgerieben und in einem vierjährigen heldenhaften Kampf zurückgetrieben.

Die britischen und US-amerikanischen Imperialisten hatten gehofft, dass ihr sozialistischer Erzfeind Sowjetunion im Kampf gegen Hitler zerschlagen und die Kräfte des konkurrierenden deutschen Imperialismus grundlegend geschwächt würden - deshalb zögerten sie, eine zweite Front zu eröffnen. Dass sie insgesamt 1,5 Millionen Tonnen Bomben auf Deutschland abwarfen, konnte den Krieg nicht entscheiden. Erst am 6. Juni 1944 landeten die westlichen Alliierten in der Normandie - nachdem immer offensichtlicher wurde, dass die sozialistische Sowjetunion notfalls im Alleingang den Hitler-Faschismus zerschlagen würde. Die Stärkung der Kräfte des Sozialismus war die schlimmste aller Optionen für die Imperialisten. Und doch trat genau dies mit der Entstehung des sozialistischen Lagers nach Kriegsende ein.

Der II. Weltkrieg endete vor 65 Jahren in Europa am 8. Mai 1945, mit der bedingungslosen Kapitulation der Hitler-Faschisten.

Um den imperialistischen Krieg abzuschaffen, muss man den Imperialismus selbst vernichten. Der Imperialismus ist parasitärer und faulender Kapitalismus, ist für die Menschheit lebensbedrohlich: Er muss Kriege führen, um seine Profitgier zu befriedigen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker tritt er mit Füßen - seit dem Zweiten Weltkrieg hat er zahlreiche lokale Kriege geführt und tut das heute z.B. in Afghanistan und im Irak immer noch.

Das kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückersystem ist verantwortlich für die Massenarbeitslosigkeit, die Arbeitshetze im Betrieb, für Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, Kriminalität und Faschismus, Raubbau an der Natur usw.

Für das Lernen aus der Geschichte aus dem 8. Mai 1945 ein Wort von Erich Fried:

"Das, was war, interessiert uns nicht, weil es so war, sondern weil es in einem gewissen Sinne deshalb noch ist. Unsere Gegner haben ihre Lektion gelernt. Heute verzichten sie auf Uniformen und genagelte Stiefel, Synagogen und Bücher werden nicht verbrannt. Die neue Form des Faschismus kommt auf leisen Sohlen aus den vollklimatisierten Räumen der Konzernzentralen, aus den Ministerien der Justiz und dem Militär."



Befreiung - was sonst?

BARRIKADEN AN DER RUHR

Zum Gedenken an die 1920 im Kampf gegen Kapp, Reichswehr und SPD-Führung ermordeten Mitglieder der Roten Ruhrarmee



Einige fortschrittliche Künstler und fortschrittliche Menschen gedachten am 3. April in Recklinghausen mit einer Kranzniederlegung, einem kurzen Redebeitrag und mit Liedern, die die Lage der Arbeiter im Jahre 2010 beschreiben, der im März und Anfang April 1920 ermordeten Amgehörigen der Roten Ruhrarmee und der Opfer des weißen Terrors. Hier der Redebeitrag: *“Ruhrgebiet Kulturhauptstadt 2010 - so hört man allerorten die Werbesprüche.*

Doch Kunst und Kultur wären ohne Freiheit nicht möglich, und genau diese haben 1920 die Arbeiter im Ruhrgebiet verteidigt.

Am 13. März putschten in Berlin Militärs, an der Spitze stand Wolfgang Kapp, seines Zeichens Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, und General Lüttwitz. Arbeiter griffen zu den Waffen, da ein Militärputsch nicht nur mit einem Generalstreik bekämpft werden kann.

In kurzer Zeit wurden die Truppen aus dem Ruhrgebiet vertrieben, die Arbeiter bildeten Räte und versuchten ihre Vorstellungen von einer demokratisch und sozialen Erneuerung Deutschlands umzusetzen. Dies war der SPD-Regierung zuviel, sie hatten aber auch keine Vorschläge, sie gab den Truppen, die sich durch Freikorps verstärkten, freie Hand.

Dieser Übermacht konnte die Rote Ruhr Armee nicht stoppen, so marschierten die Mörderbanden am 1. April u.a. bei Haltern ins Ruhrgebiet ein. Sie töteten sogar 14 unbeteiligte Kanalarbeiter in Hamm-Bossendorf, insgesamt wurden über 1000 Arbeiter ermordet, 80 Rotgardisten in Marl und in Recklinghausen waren es 18 Kämpfer. Stellvertretend seien nur Otto Ernst, Georg Engelmann, Emil Suhr und Ernst Brockhaus genannt, sie wurden im Stadtgarten (Festspielhaus) - nachdem sie ihr Grab schaufeln mussten, erschossen. Sie liegen jetzt hier - wir wollen sie nicht vergessen, weil wir aus der Geschichte lernen wollen.”

Es liegt ein Städtchen, schmuck und klein,
verschwiegen still am Niederrhein.

Dort starb im Kampf für Recht und Brot
ein alter Rotgardist den Freiheitstod.

Ein Henkersknecht pocht bei ihm an:
“Steh auf, steh auf, Spartakusmann,
Dein Leben ist dem Tod geweiht,
Du wirst erschossen, mach Dich bereit!”

Er schaufelt sich sein eigen Grab,
er wendet sich verächtlich ab.
“Schieß gut, ihr Henker, tut eure Pflicht,
ein alter Rotgardist, der zittert nicht!”

(Hans Leschinsky)



Korrespondenz

Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

Sozialistische Romane über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion

Die Zerschlagung des deutschen Faschismus und das gewaltige Anwachsen des Lagers der demokratischen Kräfte in der ganzen Welt im Gefolge des zweiten imperialistischen Weltkriegs sind große Ereignisse der Weltgeschichte. Der grausamste und schwerste aller Kriege, von denen die Menschheit heimgesucht wurde, stellt eine große Prüfung für die Völker dar. Der Sturm des Krieges reißt erbarmungslos alle Masken und Hüllen ab, die das wahre Antlitz der bürgerlichen Staaten, Parteien und Regierungen verbergen, und zeigt sie ungeschminkt in ihrer wahren Gestalt. Der Krieg hat die Millionen einfacher Menschen in aller Welt vieles gelehrt, hat sie veranlaßt, den wahren Wert der schwülstigen Phrasen und Losungen, den Wert vieler Tatsachen und Ereignisse richtig zu erkennen. So zeigen die Romane anschaulich den Heldenmut und die Opferbereitschaft der Roten Armee und seines Sowjetvolkes im Kampf gegen die deutschen Faschisten. Heute 65 Jahre nach dem militärischen Sieg der Roten Armee und ihren westlichen Alliierten, die zusammen den II. Weltkrieg beendet haben, sind die Romane wichtige historische Zeugnisse.

Alexander Fadejew "Die Junge Garde"

Der Roman basiert auf der wirklichen Geschichte des bolschewistischen Widerstands in der im Donez-Becken liegenden Stadt Krasnodon. Am 20. Juli 1942 besetzten die deutschen Faschisten die Stadt und es nehmen die Greultaten ihren Anfang. Im August werden von den deutschen Henkern 58 Menschen lebendig im Stadtpark begraben. Die Stimmung, die unter der nicht mehr aus der Stadt entkommenen Sowjetjugend herrscht, wird durch die Worte des sechzehnjährigen Komsomolzen Oleg Koschewoi charakterisiert: "Nein, das kann man nicht länger ertragen!" Er organisiert im September 1942 die illegale Gruppe "Junge Garde", die im Oktober schon 103 Mitglieder zählt. Vier Monate arbeitet die "Jugend Garde". Sie tötet deutsche Soldaten und Polizisten und sammelt Waffen, um beim Herannahen der Roten Armee einen Aufstand organisieren zu können. Im Januar 1943, nur einen Monat vor der Befreiung durch die Sowjetarmee, wird die Organisation entdeckt. Von den 103 Menschen, die ihr angehören, bleiben nur acht am Leben - ein Teil von ihnen ist dann im Kampf der Roten Armee mit den Deutschen gefallen.

Wichtig ist auch die Tatsache, daß die Widerstandstätigkeit der "Jungen Garde" von der bolschewistischen Illegalität angeleitet wird. "Man muß jedem einzelnen, der zu uns gehört, erklären, daß hinter dem, was wir tun, die Partei steht", wird den Junggardisten von den erfahrenen Kommunisten gelehrt. Der Leser erfährt, wie die jungen Genossen sorgfältig erzogen werden, ihnen die richtige und wirksamste Lösung aller aktuellen Fragen der illegalen Arbeit, die bolschewistische Organisiertheit, Ausdauer und Standhaftigkeit nahe gebracht wird, um sich in den ständig wechselnden Verhältnissen der Illegalität bewähren zu können.

Konstantin Simonow "Tage und Nächte"

Der Roman "Tage und Nächte" ist die erste Darstellung der Stalingrader Schlacht, des Wendepunktes des zweiten imperialistischen Weltkrieges. Hier hat der Heldenmut der So-

wjetsoldaten den deutschen Faschisten das Genick gebrochen. Simonow kann den Kriegsalltag dieser Schlacht besonders fesselnd schildern, da er bereits in den ersten Tagen des Großen Vaterländischen Krieges als Kriegsberichterstatte an die vorderste Front gegangen ist und an den Kampfhandlungen aktiven Anteil genommen hat.

Die Handlung der Erzählung spielt sich fast vollständig in den drei Häusern statt, die die Mannschaft des Sowjetoffiziers Saburow den deutschen Faschisten entrissen hat. Was in diesem Kampfabschnitt gezeigt wird, gibt eine lebhaftere Vorstellung von dem, was in der ganzen Schlacht um Stalingrad vor sich gegangen ist. Simonows Roman ist um so eindrucksvoller, als er bei der Beschreibung des Krieges keine äußeren Effekte sucht. Er schildert wahrheitsgetreu und genau den Alltag des Krieges, die Tage und Nächte, die überaus anstrengenden Kämpfe, die Gedanken und Erlebnisse der Menschen, die an diesen Kämpfen teilnehmen.

Pjotr Ignatow "Partisanen"

Die Partisanenabteilung, die den Namen der Brüder Ignatow trägt und deren Geschichte der Roman erzählt, ist im Großen Vaterländischen Krieg etwas ungewöhnliches gewesen. Denn diese Abteilung besteht fast ausschließlich aus Vertretern der städtischen Intelligenz. Zu ihr gehören Direktoren der höheren Lehranstalten und der großen Industrieunternehmen in Krasnodar, Partei- und wissenschaftliche Mitarbeiter; Ingenieure, Wirtschaftler sowie hochqualifizierte Arbeiter. Die Partisanenabteilung besitzt ein eigenes, scharf ausgeprägtes Produktionsprofil. Sie sind Minenlegerpartisanen. Sie sprengen Brücken, Kraftwerke, Lager, bringen feindliche Güterzüge zum entgleisen; Lastwagenkolonnen mit Panzerbegleitschutz werden gesprengt und in Brand gesetzt. Die Ehre der ersten Sprengung eines deutschen Eisenbahnzuges im Kubangebiet gehört dieser Partisanenabteilung.

Schließlich ist die Abteilung ein eigenartiges Partisanenkombinat: Sie besitzt eine eigene große Wirtschaft, eigene Werkstätten zur Herstellung von Minen, für Schmiede- und Reparaturarbeiten. Tischler, Schuster und Schneider arbeiten nicht nur für die eigene Abteilung, sondern auch für benachbarte Abteilungen. Es gibt ein Lazarett, das von Hunderten verwundeter Partisanen und Soldaten der Roten Armee in Anspruch genommen wird. Es gelingt ein ausgedehntes Netz von Partisanengruppen zu schaffen, das im kaukasischen Vorgebirge ebenso wie in den Kubansteppen tätig ist. Im Rücken der deutschen Faschisten, in der Einsamkeit der Berge, wird eine Minenleger-Lehranstalt eröffnet, in der die besten und mutigsten Partisanen der benachbarten Abteilungen Theorie und Praxis des Minenlegens lernen.

(nach: "Erläuterungen zur Sowjetliteratur" Verlag Volk und Wissen, Berlin/DDR, 1953, S. 286-315)

Die beschriebenen Romane sind in der DDR übersetzt und in deutscher Sprache veröffentlicht worden. Heute sind sie antiquarisch im Internet unter www.zvab.com oder www.abebooks.de zu bestellen.

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-DC** kostets **5 €**, jede **Doppel-DC** **8 €**, die DVD "Aus dem Alltag im sozialistischen Albanien" **3 €**, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

* **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**

Reden von Ernst Aust auf CD:

(Privatmitschnitte mit Klangmängeln)

* = neu im Angebot

1976: **Rede auf dem 3. Parteitag der KPD/ML**

1979: **"Sozialismus in der Krise?"**

1979: **Von Stalin lernen heißt siegen lernen (Doppel-CD)**

1980: **Zum Antikriegstag ***

1981: **Deutschland darf kein Schlachtfeld werden (Friedensplan der KPD/ML, Doppel-CD) ***

1982: **Das wahre Gesicht des realen Sozialismus ***

1982: **Gegen Sozialabbau und Rüstungswahn (zum 1. Mai) ***

1982: **15 Jahre Roter Morgen**

Preis: **5 €**, Doppel-CD **8 €**

Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:

* **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin

* **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Sozialistische Albanische Hefte 1/2004, 2/2006, 3/2009

Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)

Aktuell: Zionismus - Todfeind der Völker

Aktuell: Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution
Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

H. Polifka, Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

Bankverbindung: **Commerzbank Marl, K-Nr.: 613145200**

BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin (Broschüre, 3 €)

Neu: 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: **4 €** incl. Porto

Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus gegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften. Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren. Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)

ARBEIT



ZUKUNFT online

Navigation: [Startseite](#) >> [Zur Diskussion](#) >> Erfolgreiches erstes Seminar zum Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei

Über uns

- [Aktuelle Artikel](#)
- [Archiv](#)
- [Links](#)
- [Kontakt](#)

Rubriken

- [Allgemeines](#)
- [Beiträge und Aktionen](#)
- [Betrieb und Gewerkschaft](#)
- [International](#)
- [Jugend](#)
- [Kultur](#)
- [Kurznachrichten](#)
- [Politik und Gesellschaft](#)
- [Termine](#)
- [Zur Diskussion](#)

Suche

Suchen

Erfolgreiches erstes Seminar zum Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei

Dienstag, 20. April 2010







"Wie muss eine kommunistische Partei arbeiten? Was können wir aus unseren Erfahrungen lernen?"

Am Samstag, dem 17. April 2010, fand in der Nähe von Kassel das erste Seminar zum Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei statt.

Ein Genosse der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands beschäftigte sich ausführlich und intensiv mit den Erfahrungen der zurückliegenden 42 Jahre seit der Wiedergründung einer marxistisch-leninistischen Partei in Deutschland.

In seiner Analyse stützte er sich auch auf die Erfahrungen aus Russland und insbesondere die Position Lenins zum Parteaufbau.

Dabei hob er hervor, dass Lenin eine „Reduzierung der Rolle der Sozialdemokratie (damit meint er die revolutionäre Partei) auf die einer einfachen Dienerin der Arbeiterbewegung als solcher“ abgelehnt hat. (Lenin, Was tun?, AW in 3 Bdn., Bd. 1, S. 180)

Auch heute müsse eine Anbetung der spontanen Bewegung zurückgewiesen werden, denn in der spontanen Bewegung setze ich immer die bürgerliche Ideologie durch, die großen Einfluss auf die Arbeiterbewegung und auch andere fortschrittliche Bewegungen habe. Deshalb brauche man eine bewusste und zielklare Organisation, die dem Kampf eine richtige Richtung gebe.

Er betonte weiter: „Lenin stellt hohe Ansprüche an eine Kommunistische Partei. So beklagt er in dem ‚Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben‘:

... 1. das Fehlen einer ernstlichen Schulung und revolutionären Erziehung (nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Intellektuellen), 2. eine unangebrachte und übertriebene Anwendung des Wahlprinzips und 3. die Entfremdung der Arbeiter von aktiver revolutionärer Tätigkeit... (S. 1)

Mit Punkt 2 bezieht er sich auf die besonderen Bedingungen durch die totale Unterdrückung unter dem Zarenismus; die Notwendigkeit der illegalen Arbeit und die Möglichkeit der Durchsetzung der Organisation mit Spitzeln bei einer zu offenen Organisation.“

Der Genosse unterstrich, dass wir weit von diesen Forderungen Lenins entfernt seien. Eine ernsthafte Schulung und Erziehung fehle weitgehend. Ebenso gebe es keine seriöse Haltung gegenüber dem heutigen Unterdrückungsapparat. Und von der Arbeiterklasse sei man so weit entfremdet, dass man wohl kaum von einer aktiven revolutionären Tätigkeit der kommunistischen Arbeiter sprechen könne.

Der Genosse wies daraufhin, dass Lenin forderte, dass die Arbeiterklasse auf allen Ebenen der Herr im Hause sein müsse. Die Arbeiterklasse habe in der KPd(ML) – KPD und den vielen anderen in dieser Zeit entstandenen Gruppen aber immer eine Minderheit dargestellt, geschweige denn die Führung übernommen.

Er unterstrich weiter, dass Lenin betont habe, dass man die Führung der Bewegung nur kraft des Ansehens inne haben könne. Natürlich könne man sich selbst zum „Führer der Arbeiterklasse“ oder zur „Kommunistischen Partei“ erklären, doch dass sei gegenwärtig Eskettenschwindel.

Im Folgenden ging er ausführlich auf die konkreten Erfahrungen in der KPd(ML) – KPD ein. Dabei hob er zwei Aspekte hervor:

1. Diese Partei sei in einer Zeit des Niedergangs sowohl der internationalen kommunistischen Bewegung wie auch Arbeiterbewegung entstanden. Insbesondere in Deutschland habe der Revisionismus, die Entartung in den ehemals sozialistischen Staaten der antikommunistischen Hetze der Herrschenden Auftrieb gegeben. Der Revisionismus habe massiven Schaden angerichtet und die Rechnung müssten heute die revolutionären Kräfte zahlen. Insbesondere die Arbeiterbewegung habe damit eine langfristige Perspektive verloren und es bedürfe geduldiger Arbeit, um die Menschen wieder für die Perspektive des Sozialismus zu gewinnen. Die KPd(ML) – KPD habe diese Schwierigkeiten nicht ausreichend analysiert und in ihrer Arbeit berücksichtigt. Stattdessen habe es über lange Zeit Illusionen gegeben. Beispielsweise habe lange Zeit die maoistische Parole „Haupttendenz ist Revolution“ auch als Leitlinie für die Arbeit in

unserem Land gegolten, obwohl es eher abwärts ging.

2. Zum anderen sei die KPD/ML – KPD schon kurz nach der Gründung von Intellektuellen aus der Studentenbewegung überschwemmt worden. Die Konsequenzen für die Partei seien nicht ausreichend untersucht und dem entgegengewirkt worden. Dadurch hätten die Intellektuellen in schädlicher Weise die Führung übernehmen können.

Das habe zum einen zu vielen politischen Schwankungen zwischen extremem Sektierertum und haltlosem Opportunismus geführt. Beispielweise habe man lange Zeit die RGO-Politik (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) verfolgt. Nach anfänglich erheblichen Erfolgen sei man damit zunehmend in die Isolation geraten. Statt die Erfolge, aber auch die Schwächen ernsthaft aufzuarbeiten und daraus zu lernen, habe man zuerst einfach das „R“ gestrichen und GO-Politik gemacht und dann alles gestrichen und nur noch als „aktiver Gewerkschafter“ gearbeitet.

Zugleich habe die Herrschaft der Intellektuellen zu einem Stil der Auseinandersetzung und der Parteiarbeit geführt, der immer wieder zu Spaltungen geführt habe. Das Motto sei dabei oftmals gewesen: „Was brauche ich die Bourgeoisie als Feind, ich habe doch meine Genossen/-innen!“

Zum Schluss meinte der Genosse, dass objektiv eine starke Kommunistische Partei dringend nötig sei. Es stehe eine schwere Aufgabe vor uns, wenn wir uns zum Ziel setzen, die Arbeiterklasse zum Herr im Hause zu machen. Er rief dazu auf, sich gemeinsam an die Arbeit zu machen.

In der anschließenden Diskussion wurde dieser Aufruf aufgegriffen. Es war sichtbar, dass viele Teilnehmer diese Notwendigkeit ebenfalls sehen. Ein Genosse der KPD/ML (Roter Stern) ergänzte, dass Lenin immer davon gesprochen habe, dass zwischen Arbeiter und Intellektuellen ein Verhältnis von acht zu zwei bestehen solle. Von einigen Teilnehmern wurde gefordert, die Diskussion zu vertiefen und beispielsweise Fragen nach der Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, die Rolle des Revisionismus und die Grundlagen eines kommunistischen Programms auf die Tagesordnung zu setzen. Ein Genosse wies auf die Bedeutung der Arbeitslosen für die Arbeiterklasse hin. Sie seien Teil der Arbeiterklasse, würden aber oft übersehen.

In seinem Schlusswort dankte ein Genosse der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei allen die bei der Realisierung dieses Seminars mitgeholfen haben. Er erklärte, dass im Abstand von 3 bis 4 Monaten weitere Seminare folgen sollen. Über Beiträge anderer zu diesen Seminaren freue man sich. Ebenso könnten weitere Themen vorgeschlagen werden. Wichtig sei es voranzukommen und Mängel zu beseitigen. Dabei könne jede und jeder mithelfen.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer äußerten sich zufrieden, teilweise begeistert von dem Verlauf des Seminars.

Arbeit-Zukunft

Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

<http://www.arbeit-zukunft.de>